

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. ...

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 17. Mai 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen!

Trotzdem in keiner Weise der Rixdorfer Bierbojkott zur Sache der Berliner Arbeiter gemacht wurde, hat gestern der von den Herren Gappoldt und Köfide geleitete Bierring in unerhörter Weise die Arbeiter Berlins und der Umgebung provoziert.

Der Bierring verfolgt andere Zwecke, als er vorgibt. Nicht dem Rixdorfer Boykottbeschluss will er ein Paroli bieten, nein er glaubt jetzt den Moment gekommen, die Organisation der Brauerei-Arbeiter zerstören zu können.

Der alten und der organisierten Arbeiter hat man sich entledigen wollen, der Organisation der Brauerei-Arbeiter hat der Brauereiring einen tödtlichen Schlag versetzt wollen.

Den Brauereibesitzern ist der Kamm gewaltig geschwollen, sie haben die für den 15. Mai angekündigte Entlassung schon für viele Brauerei-Arbeiter früher eintreten lassen, um die Arbeiter zu reizen, sie haben die Herausforderung verschärft, indem ihr Säupfing, der „Arbeiterfreund“ Köfide, auch noch eine Lohnreduktion eintreten ließ.

Die Würfel sind gefallen. Die Brauereibesitzer zwingen uns den Kampf auf. Wir nehmen ihn an. Bis heute Abend sind in den verschiedenen Brauereien schon über 200 Arbeiter von der Tagelohn entlassen, mindestens weitere 200 von der Nachschicht dürfen bis morgen früh entlassen sein, so werden 400-500 Arbeiter außer Arbeit und Verdienst gesetzt, ohne irgend eine Schuld, bloß aus Uebermuth, bloß aus Haß gegen die Organisationen der Arbeiter, all diese Arbeiter haben nicht das mindeste mit der eigentlichen Streitfrage, dem Wörtcherstreik zu thun.

Keiner von ihnen hat am 1. Mai gefeiert, Keiner durch irgend eine Forderung Anlaß zur Entlassung gegeben. Nur kapitalistischer Uebermuth und frivole Brutalität der Brauereiproben verlangte diese Opferung! Gegen 500 Brauerei-Arbeiter und 300 Wörtcher, 800 fleißige Männer, darunter sehr viele Familienväter liegen auf der Straße.

Wie haben wir diese unerhörte Provokation zu beantworten? Unzweifelhaft mit der Waffe, die die Brauereibesitzer am schwersten trifft, mit dem Boykott.

Es kann bloß die Frage sein, ob der Boykott ein allgemeiner sein soll, oder ob diese Maßnahme nachhaltiger und erfolgversprechender sein wird, wenn wir uns auf eine bestimmte Anzahl Brauereien beschränken.

Die Unterezeichneten empfehlen, von einem allgemeinen Boykott abzusehen und sich auf die Boykottierung einiger Brauereien zu beschränken.

In der heißen Jahreszeit und bei der großen Bedeutung des Biergenusses für die Ernährung der Arbeiter würde ein allgemeiner Bierbojkott nicht die erhoffte Wirkung haben; er würde, da wir auf die Energie sehr vieler Arbeiter rechnen können, alle Brauereien unzweifelhaft schwer schädigen, aber sicherlich nicht so, daß sie zum Nachgeben gezwungen würden.

- J. Auer, N. Augustin, J. Bamberger, A. Bebel, R. Berger, A. Beyer, W. Börner, G. Volze, G. Vosse, G. Dornbusch, Karl Dost, G. Faber, Rich. Fischer, B. Franke, St. Freix, J. Ganderfer, W. Geishe, C. Gruschke, G. Gumpel, R. Halster, R. Hergt, R. Helbig, P. Hilpert, F. Hoch, E. Jost, F. Köhling, G. Kullpfer, F. Kubat, Fr. Lehmann, R. Lenzner, W. Lieblnecht, F. Pichle, G. Mattutat, R. Mehner, A. Millarg, J. Otto, L. Pakuscher, M. Peyer, W. Pfannkuch, J. Pfarr, G. Pöhsch, R. Schermig, H. Schmidt, B. Schneider, Jul. Schneider, C. Scholz, W. Schröder, P. Singer, J. Timm, R. Tschentscher, F. Warshawsky, Rob. Wengels, G. Werner, W. Windelmann, G. Wörner, L. Zaake, F. Zubeil.

Wir schlagen Euch vor, von heute ab keinen Tropfen Bier von folgenden Brauereien zu trinken: 1. Schultheiß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, (und Tivoli). 2. Brauerei F. Gappoldt. 3. Böhmisches Branhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, H. Knoblauch. 4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Alder-Brauerei). 5. Vereins-Brauerei Rixdorf. 6. Spandauer Berg-Brauerei, vormals C. Bedmann, Westend bei Charlottenburg. 7. Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.

Arbeiter! Zu Hause und im geselligen Verkehr, in der Werkstatt und bei Ausflügen, überall wo Ihr hinkommt sorgt für die strenge Durchführung des Boykotts.

Nur dann wird jeder Berliner Arbeiter, der sich seiner Ehrenpflicht gegen die Partei, seiner Solidarität mit dem durch den Unternehmeherrhochmuth brotlos gewordenen Arbeitern bewußt ist, unausgesetzt den Boykottbeschlüssen gemäß handeln.

Nur dann kann der Sieg unser sein, dann wird er auch ganz sicher errungen werden.

Die Welt muß wissen, daß die Einigkeit der Arbeiter stärker ist als der festeste Ring hochmüthiger Kapitalisten!

Sofort muß der Bierring die Aktion der Arbeiter fühlen. Kein Augenblick ist zu versäumen. Jedem müssen die Namen der boykottierten Brauereien fest eingepreßt werden!

Hoch die Solidarität der Arbeiter! Nieder mit dem Bierring! Mit der Durchführung des Boykotts sind bis auf Weiteres beauftragt:

- J. Auer, SW., Rahbachstraße 9, R. Millarg, NW., Lehrterstraße 22, G. Mattutat, SO., Brangelstraße 124, G. Gumpel, NO., Weinstraße 81, Paul Hilpert, Rixdorf, Karlsgartenstraße 1.

Am Freitag Abend finden zum Zwecke der Besprechung dieser Angelegenheit neun öffentliche Versammlungen statt in allen Stadttheilen Berlins.

Die Lokale werden noch durch Inserat im „Vorwärts“ und durch Säulenanschlag bekannt gemacht.

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Es kommt ja nur an auf die Probe,“ erwiderte Ben David ehrfurchtsvoll; „unser Volk hat immer geehrt und geliebt den Stamm der Habsburger, den Erlauchten, Weitgepriesenen.“

„Schweig!“ herrschte ihm der Fürst zu: „Ich hasse die Speichelleckerei, zu der Deine Glaubensgenossen so viele Anlage haben. Gerade und offen ins Gesicht; hinterm Rücken kein Haarbrett anders, so sei der Unterthan gegen seinen Herrn, der Gerings gegen den Hohen. Ich weite, diese schmutzige Glatzküngigkeit ist Dir nicht einmal Ernst, denn Dein abscheulich Unsilb wird noch häßlicher durch das erheuchelte Grinsen.“

Ben David zuckte schweigend die Achseln, und verbeugte sich. Der Herzog blickte ihn scharf an, und schlug alsdann erstaunt die Hände zusammen. „Jesus Christus!“ rief er: „Wer hat Dich denn also zugerichtet, Jude, daß Dein Gesicht aussieht wie ein zerfetzter und kümmerlich zusammengeknähter Turnier-Handschuh? Das nenne ich eine Narbe, wie man sie auf dem besten Schlachtfelde holen kann, ob schon Du sie da nicht holtest.“

„Ach, gnädigster Herr,“ erwiderte Ben David mit bewegter Stimme: „auf dem ehrenvollsten habe ich diese Narbe erhalten; im Kampfe für meine Söhne, und Ihr, großmüthigster Fürst, hier warf sich der Jude weinend zu Friedrichs Füßen, Ihr mühtet mich an diesem Denkzeichen erkennen, wenn ein Sohn Israels werth wäre der Erinnerung.“

Der Herzog stand betroffen auf und musterte mit durchdringendem Auge den Knieenden, der also fortfuhr: „O gewiß, gewiß, Ihr entsinnt Euch noch des Reichstags, der

vor achtzehn Jahren beiläufig zu Frankfurt gehalten wurde, mit ungeheurer Pracht und großem Zulauf von Fürsten und Gewaltigen, unter denen jedoch hervorglänzte wie der Stern des Morgens der Herzog Leopold von Oestreich.“

„Ob ich mich dessen entsinne?“ fragte Friedrich mit leuchtendem Blicke: „Oestreich glänzte da wie die Sonne selbst, nicht wie der Stern, den sie verisucht. Steh' auf, rede — wie kommst Du mit Leopold zusammen?“

„Des Herzogs Haus war offen wie das Haus eines Vaters seinen Söhnen,“ fuhr Ben David fort, „um Gott und Ehre wurde daselbst gespeist der Hungerige, getränkt der Durstige. Zwei Judenkneben wollten auch mit ansehen die Pracht des herzoglichen Hofstaats. Ach, sie wußten nicht, daß, wo der christliche Bettler Zutritt hat, derselbe dem Juden doch verboten ist. Neugierig durchstreiften sie den Hof, die weilläufigen Ställe. Dem einen von ihnen fällt ein köstlich Sattelzeug in die Augen, mit vergoldeten Buckeln, der andere greift es kindisch bewundernd an mit den Händen; ein Sattelknecht sieht's und ruft: „Diebe!““

„Unter den Häusten des Troffes büssen die Kinder ihre unschuldige Neugier. Vergebens stehen sie an ihre Peiniger! Sie schreien auf zu dem hochgelobten Gott und zu ihrem Vater. Der Zufall will, daß dieser vorbei geht an den offenen Thoren, hört das Gefammer, hineinseht in den Hof und erkennt seine eigenen, gemarterten Söhne. Die Angst jagt ihn unter die rohen Pferddecke; ihre Grausamkeit stößt ihn zurück. Mit der Gewalt der Verzweiflung will er entweichen sein Blut der Gefahr, und der Hieb eines scharfen Schneidmessers wirft mich mit blutendem Gesichte zu Boden, denn ich, ich, Herr, war der Vater der armen Kleinen!“

„Still! still!“ rief der Herzog, auf dem Antlitz die eble Scham zeigend, welche eine gute That darauf malt: „Ich weiß bereits... steh' auf; ich entsinne mich schon.“

„Vor der Herrlichkeit Gottes liege ich nicht aufrichtiger im Gebete, als hier vor Euch in Dankbarkeit!“ sprach Ben David weiter, und große Thrämentropfen fielen in seinen

Bart: „Ihr habt mich und die Söhne gerettet, edler Herzog, damals in der Jugendblüthe. Ihr habt mir gesendet Euren Arzt, der mich heilte; Ihr habt getröstet mein klagend Weib; Ihr habt beschenkt meine Kinder. Ihr habt Euch nicht geschämt, herabzusteigen in eines armen Juden Hütte, zu sehen unsere Armut, unsere Leiden.“ „Gott!“ sprach Ihr beim Scheiden halb vor Euch hin: „kann man den Menschen so in den Staub treten?“ — und eine Handvoll Gold ließ Ihr auf meinem Schmerzenslager zurück. Herr! Mensch unterm Herzogshute! Aus Euren Weisheit habe ich ererbt Vertrauen auf die dunkle Vorsehung; Herr! Euer Gold hat mir gebracht Segen, hat mich gemacht reich, und bei dem Haupte meines Vaters gelobe ich's Euch: Euer ist auch alles, was mein ist auf der Erde.“

Ben David schwieg erschöpft und lästete des Herzogs Stiefel, daß Friedrich empört zurücktrat, und halb gerührt, halb unmutig ausrief: „So steh' doch auf, aberwärtiger Gebräuer! Du wirst mich böse machen mit dem übertriebenen Gemäße. So seid Ihr aber, leichtsinniges Volk. Dem Erlöser sangt Ihr Hosanna, und habt ihn dann getödtet.“

Ben David richtete sich langsam und bekümmert auf. „Gnädigster Herzog,“ sprach er, gänzlich ablenkend, mein Vater, der seine hundert Jahre zählt, hat viel des Guten gethan auf der Welt, und keinen Lohn davongetragen, als ein schneeweißes Haupt und schwache Glieder. Belohnt mich an seiner Statt, edler Fürst, oder sorgt, daß der Kaiser es thue.“

Der Herzog sah ihn befremdet an. „Wie soll ich das verstehen?“ fragte er: „Wie käme denn ich, wie der Kaiser dazu, Dich zu belohnen für die guten Thaten, die vielleicht Dein Vater verrichtet hat?“

Lächelnd schwieg Ben David eine Weile, trat dann in die vorige ehrfurchtsvolle Entfernung, und versetzte: „Euer Wort ist Wahrheit, Herr, aber... wenn Ihr nicht an mir das Gute vergelten wollt, das mein Vater vor fünfzig Jahren that, warum laßt Ihr mich entgelten, was mein Volk vor anderthalbtausend Jahren Böses gethan?“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Mai.

Eine Konferenz über die Nothlage der Landwirtschaft ist vom preussischen Landwirtschafts-Minister von Heyden auf den 28. d. Mts. einberufen worden. Die Liste der eingeladenen Parlamentarier enthält, um es kurz zu sagen, lediglich die Führer der konservativen und ultramontanen Agrarier im Reichstag und preussischen Landtag, außerdem einige konservative Professoren.

Das Arbeitsprogramm zerfällt, abgesehen von einer kurzen Einleitung, in vier Theile: I. Haupterscheinungsformen und II. Hauptursachen der landwirtschaftlichen Krise; III. Schäden und Gefahren dieser Entwicklung; IV. die Mittel der Abhilfe.

Wir kommen morgen ausführlich auf diese neue That unseres agrarierfreundlichen Ministeriums zurück.

Eine Interpellation im Abgeordnetenhaus über den merkwürdigen Prozeß, in dem Herr Landgerichts-Direktor Brausewetter präsidirte, wird von der konservativen „Schles. Ztg.“ angeklagt. Selbst dieses Blatt schreibt:

„Das die Erregung in Berlin über diese Dinge weit größer ist, als sich in der Presse kundgiebt, welche letztere aus begrifflichen Gründen eine gewisse Zurückhaltung sich auferlegen muß.“

Die „Pöfener Zeitung“ schreibt:

„Herr Brausewetter paßt nur in das System, und das System bleibt dasselbe, ob Herr Brausewetter nun so präsidirt hat, wie er es gethan, oder ob er sich zu einem maßvolleren Verhalten entschlossen hätte, oder endlich, ob ein anderer Vorsitzender die Verhandlung geleitet hätte. . . . Dieser Prozeß wird, vollständig abgesehen von der Person des Vorsitzenden, eine im bedeutungsvollsten Sinne geschichtliche Geltung behalten. Wo in aller Welt ist denn die Hochachtung von Gerechtigkeit und weiser Abwägung des Nothwendigen und Nützlichen, wenn mit einseitigster und schroffster Tendenz irgendwelche mißliebige Zeitungen herausgegriffen werden können, um ihnen einen gehörigen Dankschreiben zu geben. . . . Wenn man diesen Prozeß in wahlstatistische Wahrscheinlichkeits-Berechnungen umsetzt, dann darf man ganz ruhig sagen, daß er für die nächsten Wahlen mindestens zwanzigtausend sozial-demokratische Stimmen mehr bedeuten.“

Vergangene Zeiten. Alle Völker haben in ihren Ueberlieferungen eine goldene Zeit, in der Gerechtigkeit herrschte auf Erden. Und nach der christlichen Mythologie ist die Sünde und Ungleichheit in die Welt gekommen mit dem Coabitus in den Apfel vom Baume der Erkenntnis. Der Apfelbiß des Bürgerthums erfolgte im Augenblick, wo es sich seiner Klassenherrschaft und des Klassengegenjähres bewußt ward. Und das Gleiche gilt auch von bürgerlichen Einrichtungen, wie z. B. der Justiz. Wie ein Märchen aus alten Zeiten klingt heute das Erkenntnis, welches der Ober-Appellationshof des preussischen Kammergerichts im Jahre 1843 in der Untersuchung wider Johann Jacoby, wegen dessen „Vier Fragen“ ergehen ließ. Es heißt darin:

Die richterliche Wirksamkeit ist ihre natürliche und gesellschaftliche Begrenzung in der Sphäre des positiven Rechts; über Meinungen der Politik hat sie sich jedes Urtheils zu enthalten. Sie entscheidet über Privatstreitigkeiten, sobald sie als Zivil-Justiz auftritt, und spricht über die Schuld oder Schuldlosigkeit des eines Verbrechen angeklagten Individuums, wenn sie als Kriminal-Justiz in Anspruch genommen ist. Die Meinung als solche ist kein Verbrechen; sie kann nur strafbar werden durch die Form, in welcher sie in die Öffentlichkeit tritt, und durch die Absicht, die bei der Veröffentlichung vorwaltet. Vorwurf richterlicher Entscheidung kann daher auch nur die Form und die Absicht werden, und je schwieriger es ist, der Inhalt hierbei zu sondern, um so strenger wird für den Richter die Verpflichtung sein, sich selbst zu überwinden, damit die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seines Urtheils vor dem Einfluß eigener Ueberzeugung gewahrt werde.

Das war im Jahr 1843. Und heute zählen wir 1894. Welche Fortschritte haben wir seitdem in der Erkenntnis der wahren Gerechtigkeit gemacht — das heißt der Gerechtigkeit, welche die, von der Sozialdemokratie bedrohte bürgerliche Gesellschaft braucht! Mit welcher Verachtung schauen die Brausewetter und Genossen von der Chimborasso-Schöhe ihrer Erkenntnis auf die naiven Richter von Anno dazumal herab!

Zu wir sind weiter gekommen in diesem halben Jahrhundert. Mehr — wir sind weiter gekommen. Und das sagen wir ohne Ironie.

Friedrich warf bei der unvernünftigen Wendung den Kopf zurück, hielt aber an sich, bis sich in die Rippen, und bezwang seinen gereizten Stolz männlich und edel, wie es einem klugen und rechtlichen Fürsten geziemt, wenn die Wahrheit sein Vorurtheil besiegt. „Was ist aus Deinen Edeln geworden?“ begann er leutseliger, als zuvor. „Ben David legte die Felle auf die Brust und feuchte.“ „Sie haben mir viel Herzeleid gemacht,“ sprach er. „Der ältere lebt und ist doch gestorben für mich. Ich werde ihn nicht wiedersehen im Wohnort der Gerechten. Mein Bechor hat sich gerissen los von den Seinen, aus einem Sohn der Gebote ist er geworden ein Abtrünniger, ein Anhänger derjenigen, die sein Volk unterdrücken!“

„Ich verstehe,“ erwiderte Herzog Friedrich, „er ist klüger gewesen als Du, und ist, ein Neugier, in den Schooß unserer Kirche eingegangen. Ich muß ihn um dessentwillen loben. Es ist besser ein schlechter Christ sein, als der beste Jude.“ — „Als Ihr sprecht von Essen und Trinken und Bequemlichkeit, gebe ich's zu,“ versetzte Ben David ernst: „der heilige Gott möge ihm verzeihen. So viel ich weiß, lehrt er jetzt hebräische Sprache zu Heidelberg an der hohen Schule.“ — „Wohl ihm,“ sagte der Herzog hinzu: „was geschah aber mit dem Jüngsten?“ — „Auf seinem Gedächtnisse sei der Friede!“ murmelte der Vater mit zum Himmel gerichteten Blick: „Er sitzt oben in der Herrlichkeit Gottes; vor vier Jahren wurde er zu Andover erschlagen, da die Christen eine Judenhehe hielten daselbst.“

Friedrich war betroffen. „Ein erbärmlich Schicksal!“ sprach er, und wandte sich zum Fenster, um den Ausbruch der Fährnis auf seinem Gesichte zu verbergen. — Ben David trocknete eine Fährnis von der vernarbten Wange und fragte unterthänig, mit welchen Diensten er dem Herzoge aufzuwarten vermöge. — „Ich werde vielleicht bald fünf bis sechstausend Mark Silbers bedürftig sein,“ antwortete Friedrich, ohne seine Stellung zu ändern, denn seine Bewegung war noch nicht vorüber. „Ich habe meine Günder, warum ich dieses Geld nicht von meinen Reichweibern eintröbe; kein ich verlange strenge Verschwiegenheit. Kannst Du die Summe schaffen, sobald ich sie zu fordern veranlaßt sein könnte?“

Verschiedene Lebensauffassung. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt heute in einem Artikel über den internationalen Bergarbeiter-Kongreß:

„Welches Dasein menschenwürdig, welches unwürdig, darüber gehen die Meinungen weit auseinander.“

„Sehr richtig! Die Hintermänner der „Börsen-Zeitung“ würden ihr Dasein nicht für menschenwürdig halten, wenn sie nicht öfters Sekt trinken, nicht alljährlich ihre Erholungsreisen ins Gebirge oder an die See machen, ihre Kinder nicht Hochschulen besuchen lassen könnten, sie halten es aber gleichzeitig für ein Zeichen der „Begehrlichkeit der Massen“, wenn Arbeiter im theuren Berlin 40 Mark pro Woche, wenn ihr Dienstmädchen 15 Mark im Monat fordert, wenn ein Handelsangestellter sich mit 25 Mark pro Woche nicht begnügen will. Ja die Meinungen gehen weit auseinander. Wenn Faulenzer sich alle Schlemmereien erlauben, redet niemand von den Vertretern der Satten und unredlichen Aufwand, wenn aber schwer arbeitende Lohnlaven so viel verdienen wollen, daß sie ihre einzunmige Wohnung für sich allein haben können, daß ihre Frau nicht auf Arbeit ausgehen muß, um sich den Kindern widmen zu können, wenn man nicht länger als acht Stunden arbeiten will, dann sind dies mit Unrecht unzufriedene Arbeiter.“

Traurig wäre es um unsere Arbeiter bestellt, verzuweifeln müßte man an der Zukunft der Völker, wenn die Arbeiter sich in ihr Glend schieden, nicht nach Besserung streben würden. Wie recht vor allem die deutschen Arbeiter haben, unzufrieden zu sein, das muß selbst die „Magdeburgische Ztg.“, ein nationalliberales Blatt vom reinsten Wasser, zugestehen, indem es bei Besprechung des internationalen Bergarbeiter-Kongresses die kräftigen, wohlgenährten Erscheinungen der Engländer im Gegensatz zum Aussehen der deutschen Delegirten hervorhebt. Die Engländer haben auch noch keinen Anlaß zufrieden zu sein, dies beweisen ihre Lohnkämpfe und die Sympathie, welche dieselben bei der öffentlichen Meinung Englands finden. Wie recht müssen erst die deutschen Arbeiter haben, unzufrieden zu sein. Wer nicht unzufrieden ist, wird nie sich Zufriedenheit erringen können. Deshalb müssen die Arbeiter unzufrieden sein.

Die biederere „Kreuz-Zeitung“ entrüstet sich wieder über die „verjudele“ Sozialdemokratie, welche es zuläßt, daß in der Revue „Bertret'n“ in der letzten Nummer der „Neuen Welt“ ein Kandidat der Theologie ein Dienstmädchen vergewaltigt. Sie versichert, daß solche Dinge bloß christlichen Dienstmädchen in jüdischen Familien passiren. Ein so frommes Blatt, wie die „Kreuz-Zeitung“, sollte doch den Pastor Harder und seine katholischen und protestantischen Amtsbrüder kennen, die sein Schicksal getheilt haben; ein so feudales Blatt wie die „Kreuz-Zeitung“ muß doch noch besser wie wir von den Schicksalen junger Mädchen im Palais des Prinzen Karl etwas wissen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hätte allen Anlaß, sich weniger zu entrüsten. Wir wären glücklich, wenn bloß die Juden an der Unsitlichkeit schuld wären, sie wäre dann leicht auszurollen; leider liegt ihre Ursache aber in unserem ökonomischen System. Doch auch dies zu zerstören, ein anderes an seine Stelle zu setzen, erscheint uns nicht zu schwer. Aber auf diesem einzigen Wege die Unsitlichkeit auszurollen, tritt uns gerade die so sittliche „Kreuz-Zeitung“ in den Weg.

Die Mummifizierungsarbeiten der bürgerlichen Rechtsordnung von seiten der Kommission für das bürgerliche Reichsgesetzbuch gehen ihren Schneidengang fort. Von Zeit zu Zeit werden wir über den Erfolg dieser Arbeiten unterrichtet. Ueberall begegnen wir derselben Flickarbeit. Derselben wird gegenwärtig das Vormundschafswesen über Minderjährige unterworfen. Hier ebensowenig wie auf den anderen Rechtsgebieten wird das Fundament der herrschenden Gesellschaftsordnung einer Kritik unterzogen, wie häufig dasselbe auch geworden sei. Die Schutzbestimmungen für das Mündel werden kaum nach den veränderten Verhältnissen geprüft, nicht danach, wie sie den Personen derselben zum Nutzen gereichen. Das Hauptaugenmerk ist auf die Vermögensverhältnisse gerichtet. Für die große Masse der vermögenslosen Minderjährigen gestaltet sich das Vormundschafswesen weniger als Schutz, wie als Hemmnis und Belästigung. Der jugendliche Arbeiter, dem der Segen der Vormundschaf zu Theil wird, ist

„In jeder Stunde soll sie liegen bereit,“ versicherte Ben David ohne Bedenken.

„Wie hältst Du's mit Zinsen und Verschreibung oder Pfandschaft?“ fuhr Friedrich wie oben fort.

„Von Euch nehme ich nicht Zinsen,“ entgegnete der Jude ruhig: „Euer Wort ist das beste Pfand, und eine Schrift begehrte ich nicht, seitdem Kaiser Wenzel uns gezwungen hat, alle Schuldbriefe edler Herren unentgeltlich anzuliefern.“

„Was soll das, Jude?“ fragte der Herzog heftig sich umdrehend: „Was nimmst Du Dir heraus? Ein Herzog in Oesterreich wird sich von einem Kammerknechte keinen Zins schenken lassen, und kein Darlehen empfangen ohne Brief und Siegel auszufüllen, gleichsam als wär es eine Gabe. Oder hältst Du mich, den Habsburger, für ein, von der Armlosigkeit, die damals der Ungenburger gegen Euch ausgeht, Vortheil zu ziehen?“

„Ich will doch unkommen auf der Stelle, wenn ich Euch, gnädigster Herzog, habe beleidigen wollen,“ behauptete der Jude: „nur so viel wollte ich sagen, daß Euer ist meine Gabe und mein Leben, daß ich Euch weiche meine Dankbarkeit und den Segen, mit dem mich hat überschüttet der Gott Israel.“

„Schweig, Hebräer!“ rief Herzog Friedrich, sich aufgebracht stellend. „Lege ein andermal Deine Worte auf die Waage und bedenke, daß ich kein Kohlhunke bin, dessen Dürftigkeit sich von Dir etwas gefallen lassen muß. Geh heim; es wird schon dunkel und es ist keine Ehre dabei, mit Deinesgleichen zu solcher Stunde zu verkehren. Mache Deinen Ueberschlag an Zinsen, an vollwichtigen Zinsen, hörst Du? Herzog Friedrich will keinen Dienst umsonst und mätkelt nicht um einen Heller. Halte Dich sodann bereit sammt Deinem Gelde, wenn die Zeit kommt, da ich es gebrauche.“ — Mit dem stolzen Wesen, das dem Herzog so wohl stand, verabschiedete er den Jude, der sich in gewohnter Demuth und Unterwürfigkeit davon machte. Dagobert trat ein, den schweren vergoldeten Peuchter in der Hand, dessen drei flammeude Kerzen das Dunkel des Winterabends aus dem Gemache bannten.

(Fortsetzung folgt.)

schulos in den Lebenskampf hinausgetrieben und dieser macht ihn früh selbständig. Ob er hungert oder Noth leidet, danach kräftigt kein Hahn und kein Vormund, zumal dieser kaum in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen. Hat das Mündel nun aber ein Recht zu verfechten, seine eigene Person zu vertreten, so sind ihm die Hände gebunden; er hat sich an seinen Vormund zu wenden, der oft weiß der Himmel wie entfernt von ihm wohnt und mit seinen Verhältnissen vollständig unbekannt ist, der vielfach selbst seinen Namen kaum zu schreiben weiß. Für die arbeitenden Klassen ist das Vormundschafswesen, wie es heute besteht und im neuen bürgerlichen Gesetzbuch neu befestigt wird, mehr Plage als Wohlthat. Es ist dieses ganz natürlich, da die Gesetzbuch-Kommission die erste Aufgabe des Gesetzbuchers, die veränderten nach gesellschaftlicher Gestaltung ringenden Verhältnisse zu prüfen, außer Acht gelassen hat, und mehr ihr Bestreben darin setzt, die abgestorbenen Gesellschaftsformen zu kunstvollen Fettersackten zu gestalten.

Die Solidarität der Arbeiter zu festigen, bietet die Bourgeoisie ihr Möglichstes auf. In Braunschweig hat eine Volksversammlung gegen eine Brauerei den Boykott erklärt. Hierauf antworteten die vereinigten Brauereibesitzer damit, daß sie ihr gesamtes Betriebspersonal entließen. „Brauereibetrieb und Bierverkauf,“ heißt es in der Bekanntmachung der Brauereibesitzer, „sind durch Zugang fremder Brauer und vorher vereinbarte Entlassung von Hilfsarbeitern hiesiger Fabriken und Arbeitsunternehmer in vollem Umfange aufrecht erhalten. Die bürgerliche Presse spricht von 700 Arbeitern, die hierdurch brotlos werden, unter denen viele Familienväter seien, die Jahrzehnte einem und demselben Unternehmer ihre Kräfte gewidmet und sich von der Arbeiterbewegung stets vollständig fern gehalten hätten, und die durch die erfahrene Aussperrung in die größte Entrüstung versetzt seien, aber nicht etwa — gegen ihre Arbeitgeber, welche sie auf die Straße gesetzt haben, sondern gegen die Arbeiter, welche sich erdreistet hätten, sich weniger unterwürdig gegenüber den Unternehmern zu zeigen. So dumm ist wohl niemand dieses zu glauben. Aber eins wird sicher das Resultat sein. Jenen alten treuen Familienvätern werden sicher die Augen darüber geöffnet, welchen Lohn die „Treue“ gegen den Prinzipal unter Vernachlässigung der Arbeitersolidarität einträgt und sie werden nur das Gefühl des Bedauerns haben, daß sie nicht rechtzeitig vor Jahren bereits sich den Arbeiterorganisationen angeschlossen haben. Jetzt, da sie, ohne Anlaß gegeben zu haben, auf die Straße gemorfen sind, werden sie wissen, wohin sie gehören, an die Seite ihrer Arbeitsgenossen, mit denen sie gemeinsam zu leiden und zu kämpfen haben. Die Solidarität der Arbeiter wird ihnen fortan kein leerer Wahn sein; die Unternehmer haben sie ihnen verständlich genug gemacht.“

Ein neuer Zollkrieg. Das Handelsprotokoll mit Spanien ist heute Mitternacht abgelaufen. Der autonome Zolltarif trat somit heute in Kraft. Da wir mit den wichtigsten Staaten günstigere Zollbedingungen vereinbart haben, so bedeutet das den Zollkrieg mit Spanien.

Der Sozialismus der Dummen. Bei der Reichstags-Gratzwahl in Schlochau-Platow hat bekanntlich kein Kandidat die Majorität erlangt. Die Konservativen und auch die Ultramontanen erhielten weniger Stimmen als bei der vorjährigen allgemeinen Wahl, dafür aber haben die Antisemiten eine beträchtliche Anzahl von Stimmen erhalten. Darob hat sich nun ein wilder Streit zwischen Konservativen und Zentrumsleuten entsponnen: jede von beiden Parteien wirft der anderen vor, sie sei am wenigsten widerstandsfähig gegen die antisemitischen Ratten- und Bauernfänger. Ein heftiger Streit, der uns (Herr Förster, lassen Sie sich ein Fläschchen reichen!) an das Heine'sche Redeturnier zwischen dem Mönch und dem Rabbi erinnert. Nur Wähler vom Geschlecht Derer, die nicht alle werden, gehen auf den antisemitischen Leim, und Zentrum wie Konservative haben mit gleichem Eifer und gleichem Erfolge dahin gewirkt, dieses Geschlecht nicht aussterben zu lassen. Und da der antisemitische Rufus, den sie in ihrem Neste aufgezogen haben, die Ratten- und Bauernfänger unverschämter betreibt als sie selbst, noch dickere Lügen und noch fettere Verpöhlungen macht, so findet er bei dem Geschlecht Derer, die nicht alle werden, natürlich auch mehr Anhang. Und so sind die biedereren Zentrumsleute und Konservativen mit den eigenen Waffen geschlagen. Von Rechts wegen.

Das Puttkamer'sche Sofort ins heffische überseht. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus dem Großherzogthum Hessen geschrieben:

Auffällig wird das Verhalten der Regierung in betreff der Anberaumung von Nachwahlen im Wahlkreis Gießen-Land und Offenbach-Land-Langen. Die Wahl des Giesener Abg. Orbis (Soz.) und des Offenbach-Langener Abg. Cramer (Soz.) wurden schon im März für ungültig erklärt, so daß beide Wahlkreise thatsächlich bei den Beratungen des dreijährigen Budgets und bei den sonstigen wichtigen Landtagsverhandlungen unvertreten sind. Außerdem können leicht Beschlüsse zu Stande kommen, die dem widersprechen, was die vollbesetzte Kammer beschließen würde. Es werden oft Gesetze mit einer Stimme Mehrheit angenommen oder abgelehnt. Wir erinnern auch an die Jfenburger Waldabholung. Sollte vielleicht die Nichtanberaumung mit dem Durchbringen der Reichsteuer in Verbindung stehen? Durch die dauernde Verwässerung zweier Wahlkreise könnte hier ein Gesetz zu Stande kommen, das die Mehrheit der wieder vollzähligen Kammer verwerfen würde. Im Interesse einer geordneten Volksvertretung scheint demnach die Anberaumung der Nachwahlen dringend geboten.

Zum Kalimonopol. Nach zweimonatiger Vertagung tritt am 17. d. Mts., Vormittags, hier wieder der braunschweigische Landtag zusammen. In der ersten Sitzung wird die Kalimonopol-Vorlage zur Beratung kommen. Kommissionsseitig wird ihre Annahme einstimmig empfohlen, und man glaubt auch, daß sie trotz der Verwerfung des preussischen Kalimonopols erfolgen wird.

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betragen im April im Vergleich zu den in Klammern beigefügten Märzpreisen: für 1000 Kilo Weizen 138 (136) M., Roggen 119 (118) M., Gerste 139 (141) M., Hafer 147 (150) M., Roggerbisen 225 (228) M., Speisebohnen 243 (240) M., Binsen 469 (459) M., Ghlactoseln 39,4 (40,6) M., Nichtstroh 55,7 (58,2) M., Sen 85,4 (87,6) M., Rindfleisch im Großhandel 1033 (1025) M.; für ein Kilo-gramm Rindfleisch 1,32 (1,32) M., Rindfleisch vom Bauch 1,11 (1,10) M., Schweinefleisch 1,33 (1,33) M., Kalbfleisch 72 (1,21) M., Hammelfleisch 1,20 (1,18) M., ger. iul.

Speck 1,67 (1,68) M., Eßbutter 2,29 (2,33) M., inl. Schweine-
schmalz 1,65 (1,66) M., Speisemehl aus Weizen 0,26
(0,26) M., aus Roggen 0,23 (0,23) M., für ein Schock
vier 2,78 (3,07) M. —

Die ungarische Zivile-Vorlage soll trotz der Ab-
lehnung des Oberhauses von der Regierung nicht fallen
gelassen werden. Man will die Vorlage im Unterhause
wieder einbringen. Von anderer Seite wird das Ministerium
Wederle als erschüttert bezeichnet. —

Das Köpfen soll in Frankreich hinfürto bei ver-
schlossenen Thüren vorgenommen werden, weil das öffent-
liche Köpfen demoralisierend wirkt. Jetzt sollen also bloß
die paar privilegierten Zuschauer: Richter, Staatsanwälte,
Polizei u. demoralisirt werden. Und in der Schweiz,
die in der Verfassung von 1874 die Todesstrafe abschaffte,
durch Volksabstimmung im Jahre 1879 (mit 200 485 gegen
181 588 Stimmen) den einzelnen Kantonen aber die Wieder-
einführung erlaubte, hat jedoch der Große Rath des
Kantons Freiburg das Köpfen wieder eingeführt. Freiburg
mitgerechnet wird nun in 11 schweizerischen Kantonen ge-
köpft: Schwyz, Uri, den beiden Unterwalden, Appenzel,
Zug, St. Gallen, Luzern, Valais, Schaffhausen und Frei-
burg. Man nennt das „Fortschritt der Zivilisation.“ —

Worte und Thaten. Herr Spuller, der fran-
zösische Kultusminister, der in der Geistlichkeit den
Freund und Bundesgenossen entdeckte, hielt gestern in
Laudun eine Rede, worin er u. a. sagte:

„Eine Regierung, welche die bestehenden Militär- und
Schutzgesetze oder die Gesetze über die Pressefreiheit
und das Versammlungsrecht rückgängig machen
würde, wäre eine sehr schwache Regierung.“

Und das sagt das Mitglied einer Regierung, welche
jeden ein schmächtliches Pressegesetz gemacht hat und
jeden Tag Tuhende Mal das Hausrecht verlegt. Man
sieht, „die politische Heuchelei“ gedeiht nicht bloß in
Deutschland. —

Der Heilige Rock von Argenteuil — bei Paris —
ist wieder ausgestellt. So wären diese leichtfertigen
Franzosen und schwerfälligen Deutschen abermals um
eulische Posttage voraus. Der Himmel weiß, wann der
Heilige Rock von Trier nachkommen wird. Nur immer
langsam voran! ist die Lösung der heiligen Herren dort
so lange gewesen, daß sie sich sogar in eigener Sache
nicht los davon machen konnten. —

Anarchisten und Antisemiten. Das Organ der fran-
zösischen Anarchisten und Panamisten, die „Libre
Parole“ — das „Freie Wort“ — fließt über von Sympathie
und Bewunderung für die Rochtopf- und Sardinienbüchsen-
Anarchisten. Wie recht hatte doch Fernerstorfer mit seinem
Wort: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen“.
Er hätte nur hinzufügen sollen: und Kohen. —

Ein Erfolg der Propaganda der That. Aus
Brüssel wird telegraphirt:

In Beantwortung einer Frage wegen der Anzulänglichlichkeit
der gegen die Anarchisten zur Anwendung gelangenden Maß-
regeln gab der belgische Justizminister im Senat seinem
Abscheu gegen die anarchistischen Mordanschläge Ausdruck
und erklärte, er werde die Wiedereröffnung der Kredite
beantragen, die ehemals der Kriminalpolizei
bewilligt worden seien; auch er halte die strafrechtlichen Be-
stimmungen für ungenügend. Der Ackerbau-Minister theilte
mit, es würden auch Maßregeln betreffs der Aufbewahrung
von Sprengstoffen getroffen werden.

Mehr Geld für die Polizei, Verschärfung der Straf-
gesetze, das sind die einzigen Erfolge der anarchistischen
Propaganda der That. —

Das proportionale Wahlverfahren in Belgien.
Aus Brüssel wird telegraphirt:

In der gestrigen Kammer Sitzung lehnte die Regierung die
proportionale Vertretung ab. Nachdem von allen Seiten die
Notwendigkeit dieser Reform anerkannt und lebhafteste Agi-
tationen zu deren Gunsten im Lande veranstaltet worden
waren, dürften nunmehr neue öffentliche Demonstrationen nicht
ausgeschlossen sein. —

Die Generalstaaten (der holländische Reichstag) wurden
heute eröffnet. Der Minister des Auswärtigen Dr. Roell
entwickelte das folgende Programm des neuen Kabinetts.
Dasselbe soll bestehen in der Wahlreform auf breiter Grund-
lage, welche die Wahlen zur zweiten Kammer und die Pro-
vincial- und Municipalwahlen umfasse, sowie in der
Revision der Personalsteuer und der Regelung der
finanziellen Verhältnisse zwischen dem Staate und den Ge-
meinden. Weitere Gesetzentwürfe seien nicht ausgeschlossen,
können aber erst in zweiter Linie in Betracht kommen und
dürften die Durchführung der bezeichneten dringenden Maß-
nahmen nicht verzögern.

Wir sind begierig, wie diese Wahlreform auf breiter
Grundlage ausfallen wird, daß es das allgemeine Wahl-
recht nicht sein wird, ist sicher. Es wird also Puscharbeit
und Flickwerk sein, also die Unzufriedenheit mit den bestehenden
politischen Zuständen nicht bannen. —

Zum Kampf gegen das englische Oberhaus. Aus
London wird telegraphirt:

Die Partei der Liberalen hat einen Kongreß nach Leeds
einberufen, auf dem über die Anwendung der beständigen Ge-
setze des reaktionären Einflusses der Vorderkammer berathen
werden soll. Die liberale Presse mißt diesem Kongresse große
politische Bedeutung bei. —

Crispi ist noch nicht aus dem Wald. Die anderthalb
Pfingst-Siege, die er in der italienischen Kammer erfochten,
haben ihm nur für den Augenblick Lust gemacht und jeden
Zoll breit Land hat er sich zu erobern. Posten für Posten
wird der Militär-Etat bestritten und inzwischen ist die Zeit
herangerückt, wo Crispi die von ihm versprochene Finanzaus-
darlegung vorbringen, das heißt den Bankrott Italiens
verkünden muß. Sein Plan, das Militärbudget vorher
bewilligt zu erhalten, ist jedenfalls gescheitert. —

Christliche Dolchmesser. Mit der Bibel in der einen
und einer Pike in der anderen Hand wollte der alte
Windhorst nach Afrika ziehen. Er hat's aber nicht gethan.
Mit dem Rosenkranz in der Hand und dem Dolchmesser in
der Tasche sind die spanischen Pilger — von denen man
schon gehört, daß sie in ihrem Vaterland durchgeprügelt
wurden — wirklich und leiblich nach Rom zu dem Papst
gezogen. Ihre Dolchmesser sahen so gefährlich aus, daß
man bei der Ankunft in Rom sie ihnen abnahm und erst
zurückgab, als sie ihnen den Staub der ewigen Stadt wieder von
ihren Pantoffeln schüttelten. Der Korrespondent des „Im-
perial“ schreibt darüber:

Vor der Einschiffung sah ich auf dem Staden von
Civita vecchia eine merkwürdige Scene. Vor der Thür des

Zollamtes stand ein Tisch, an dem die Pilger herantraten und
gegen Vorzeigung eines Scheines Gegenstände in Empfang
nahmen, die ich nicht genauer erkennen konnte. Ich näherte
mich dem Tisch und sah nun, daß es Waffen waren, die ihnen
nach der Ausschiffung bei einer allgemeinen Durchsüchung ab-
genommen worden waren: Navajas von allen
Größen, von der einfachen „Ohsenzunge“
bis zum Messer mit vier Ringen. Jeder er-
hielt die seinige zurück und begab sich dann an Bord.

Was für Dinge ungefähr diese christlichen Dolchmesser
— Navajas — sind, erhellt aus dem Namen Ohsenzunge,
der die Breite und Größe andeutet. Das Christenthum der
Navajas und die „Humanität“ der Achtmillimeter-Gewehre
sind würdiges Zwillingsgeschwister. —

Der Todtenwurm im Zarenpalast. Tid! Tid!
Tid! Der Todtenwurm bohrt und der Pendel der Todten-
uhr geht, erbarmungslos wie das Spinnrad und die
Schere der Parze. Gestern große Verschönerung der Pro-
fessoren, Offiziere und sonstigen Beamten. Heute große
Verschönerung der „Nihilisten“ — entdeckte Bomben.
Seit Jahren hatte man von Nihilisten nichts mehr gehört
— sie sollten ausgestorben sein. Und da sind sie wieder.
Und zum Tid! Tid! des Todtenwurms gesellt sich das
Klid! Klid! des Revolvers. —

Zu den Massenverhaftungen in St. Petersburg
wird telegraphirt:

Die kürzlich entdeckte nihilistische Verschwörung giebt fort-
dauernd zu Verhaftungen Anlaß. Unter anderem wurden der
Christlicher P. Strauß, der Oberingenieur der Wittenberger
Eisenbahn Kofolew, sowie der bekannte, kürzlich erst aus
Sibirien zurückgekehrte Nihilist Nathanson in Haft ge-
nommen. —

Die angeblichen Streitigkeiten auf dem inter-
nationalen Bergarbeiter Kongreß sind nichts als
Mißverständnisse, und zwar Mißverständnisse
hervorgehoben durch die mangelhaften Sprachkenntnisse der
Vorstehenden und die Schwierigkeit der Verständigung
zwischen Präsidium und Kongreß. Als vor anläßlich des
Bärischer Kongresses vor 7 oder 8 Monaten auf diese
Schwierigkeit hinwies, suchte die gegnerische Presse dies
ins Lächerliche zu ziehen. Heute konnte sich jeder, der Augen
hat zu sehen und Ohren zu hören, von der Wahrheit über-
zeugen. Die heutige Szene war dadurch verursacht, daß
die Engländer von der Geschäftsordnung ganz andere Be-
griffe haben, als die Deutschen, Franzosen und Belgier,
und daß sie bei Deutschen, Franzosen und Bel-
giern den Glauben erweckt hatten, sie wollten
den Kongreß für sich monopolisiren und das
Präsidium keiner anderen „Nation“ überlassen, woran
sie nie gedacht hatten. Es bedurfte weniger Worte der
Aufklärung, um das Mißverständnis zu beseitigen. Und
die Feinde der Arbeiter sind wieder um eine Hoffnung be-
trogen. Die Heranbildung von kompetenten Leitern inter-
nationaler Kongresse wird aber ernstlich zu erstreben sein.
Wer das Ehrenamt des Vorsizes in einem internationalen
Kongreß auszuüben wünscht, sollte entschieden, falls er die
nötigen Sprachkenntnisse nicht besitzt, sich dieselben durch
fleißiges Studium zu erwerben suchen. —

Soziale Uebersicht.

Achtung, Brauerei-Arbeiter! Bezugsnehmend auf die an-
gekündigte Ausperrung der organisierten Brauerei-Arbeiter seitens
des Brauerings fordern wir sämtliche Ausperrte auf, sich
sofort bei Henke (in Vertretung J. Wiedemann), Blumenstr. 88,
zu melden. — Folgende Brauereien gehören dem Ring nicht
an: Nordstern-Brauerei, Münchener Brauhaus,
Wöhniß Lichterfelde, Brauerei Ring u. Co. und
Mägdelesch Friedrichshagen.

Die Brauerei-Schweizerpartei von R. Schneider,
welche dem Ring nicht angehört, erklärt sich trotzdem mit dem
Vorhaben desselben solidarisch. Ebenso hat sich die Brauerei
„Stralau“, Lehmann, Selterstraße 4 und Ger-
mania, Uledomstraße nachträglich den Bestrebungen des
Ringes angeschlossen.

Die Agitations-Kommission
der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter
Berlins und Umgegend.
J. A.: Paul Hilpert, Rigbois, Karlsplatzstr. 1.

Die streikenden Wütcher richten nochmals an die Arbeiter-
schaft Berlins die Aufforderung, sie in ihrem Kampfe thätig
zu unterstützen. Gegenwärtig befinden sich 280 Kollegen im Aus-
land, darunter 130 Familienväter mit 320 Kindern. Für uns
heißt es jetzt gegenüber dem brutalen Vorgehen des Brauer-
Ringes unsere ganze Kraft einzusetzen. Unterliegen wir, so ist
unsere Organisation gesprengt. Der Brauer-Ring hat seine
Drohung zur Ausführung gebracht und eine große Zahl Brauer-
arbeiter gemahregelt, wir sind überzeugt, die Arbeiterchaft Berlins
wird die nötige Antwort auf diese frivole Herausforderung
geben.

Gleichzeitig geben wir unseren Kollegen diejenigen bekannt,
die als Streikbrecher bereits wieder in Arbeit getreten sind.

Brauerei Königstadt: Paul Dalling, Robert
Matschke, Karl Heinke, Karl Heine.

Dalinger war feinerzeit bei Schullheiß 1895 Streikbrecher.

Brauerei Böhlow: August Schacht, Franz Jenthal,

selber Kassirer des Zentralvereins Deutscher Wütcher (Kittale
Berlin), Ernst Klatt, Hermann Wagner, Wilhelm Biering, Franz
Kall, Herrmann Jager, Hermann Hälmann.

Brauerei Pagenhofer: Paul Hentschel, Otto Hein-
rich, Hermann Weber, Franz Käppen.

Mögen sich die Kollegen die Namen der Genannten merken
und durch die Fahnenflucht einiger Indifferenten nicht mitlos
werden. Der Kampf ist in ein neues Stadium getreten und
wird von uns siegreich beendet werden, wenn wir einig zusammen-
halten.

Die Lohnkommission der Wütcher Berlins.

An die Studateure Deutschlands! Kollegen! Die
Interessiertheit in der gewerkschaftlichen Bewegung, herbei-
geführt durch den schweren wirtschaftlichen Druck, sowie durch
das fortwährende Fahren um die Form der Organisation lassen
es uns rathsam erscheinen, die erste Mahnung an unsere Be-
ruufsgenossen zu richten, einig und thätig für die Organisation
zu wirken. Es muß doch jedem denkenden Kollegen klar sein,
daß das Unternehmertum unsere erbärmliche wirtschaftliche Lage
ausnützt, und so die Existenzbedingungen der Arbeiter immer
tiefer herabdrückt. Deshalb, Kollegen, ist es die höchste Zeit, daß
wir uns ermannen, daß wir alle untergeordneten Fragen und
Streitpunkte, wo gegenwärtige Ansichten herrschen, vorläufig bei
Seite legen, um vor allem das große Ziel der Einigung zu
erreichen.

Zu diesem Zwecke ersuchen wir die Studateure Deutschlands,
in öffentlichen Versammlungen zu folgenden Vorschlägen Stellung
zu nehmen: Stellung zur Einberufung einer Konferenz nach
Berlin, welche über folgende Punkte der Tagesordnung, die
eventuell durch gewünschte Zusätze erweitert werden kann, Be-
schlüsse zu fassen hat: 1. Situationsbericht der Delegirten.

2. Beschlußfassung über die Organisationsform. 3. Zukünftige
Geschäftsleitung. 4. Festsetzung des Gewerkschafts- resp. Unter-
stützungsfonds. 5. Regelung der Wanderunterstützung und der
Arbeitsnachweise. 6. Stellungnahme zur Regulierung der Streiks.
7. Fachpresse (Organfrage). 8. Agitation. 9. Rechnungslegung
beider bisherigen Organisationsformen.

Wir ersuchen nach Stellungnahme zu unseren Vorschlägen
um alles weitere veranlassen zu können, alle Versammlungs-
beschlüsse umgehend an Unterzeichneten einzusenden.

Die Agitationskommission.
Fritz Grünberg, Neu-Weißensee bei Berlin,
Bismarckstr. 142a.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

An die Zimmerer Berlins und Umgegend.

Im vergangenen Winter haben viele der Kameraden das
Versprechen gegeben, dem Verein anzuschließen, sobald sie
wieder in Arbeit sind, einige sind wohl auch diesem Vorsatz ge-
folgt. Leider stehen Tausende unserer Berufsgenossen der Organi-
sation noch fern. Kameraden! Nicht früher werden sich die
traurigen Verhältnisse in unserm Gewerbe verbessern lassen, als
bis wir durch Einigkeit, durch eine starke Organisation unserer
Bedürftigen andere Arbeitsbedingungen abtrotzen können. Darum
möge kein Zimmerer länger der Organisation fern bleiben, ohne
den Anspruch auf Kameradschaft und Vertrauen bei jedem
Kameraden, dem es ernst ist um die Arbeitersache, zu verlieren.
Sonntag, den 20. Mai, Vormittag 10 Uhr, findet in der Beuth-
straße 22, 1 Tr., die Mitglieder-Versammlung des Vereins statt,
zu der jeder Zimmerer Zutritt hat und Gelegenheit findet zur
Aufnahme in den Verein.

J. A.: Ernst Obst, Blumenhaffstr. 8.

Die Wiener Maurer — so meldet das Wollfische
Bureau — haben heute (den 16. Mai) die Arbeit wieder auf-
genommen.

In Brünn ist ein Buchdruckerstreik ausgebrochen.

Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes macht bekannt: Mit voriger Woche haben
die Rüfer großer Fassfabriken in Zürich und Rhein-
felden (70 Mann) die Arbeit niedergelegt. Diese Woche
treten die Schmiede und Wagner in Winterthur
in Streik.

Ein Droschkentischer Streik ist in London aus-
gebrochen.

Aus Mährisch-Ostrau und Troppau lauten die tele-
graphischen Nachrichten weiter dahin, daß mehr und mehr Ar-
beiter ansahen. Die Befähigung aller dieser Nachrichten bleibt
jedoch abzuwarten.

Der deutsche Lehrertag, der am 15. Mai in Stutt-
gart seinen Anfang genommen, ist von 3400 Lehrern besetzt.
Die Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende des Stuttgarter
Ortsausschusses, ein Oberstudienrath Oesterlen. „Wir
müßten die Unwahrheit sagen,“ — so schreibt hierüber unser
Stuttgarter Bruderorgan — „wenn wir behaupten wollten,
daß dieselbe irgendwie begeistert oder zündend gewirkt habe.
Die trockenen, dürftigen Expektorationen des Redners fielen ge-
waltig ab von der imponierenden Größe der Versammlung.
Der Redner hielt es nämlich für angezeigt, den anwesenden Mit-
gliedern des Lehrerstandes gleich einige Ermahnungen für
ihre späteren Verhandlungen zu Theil werden zu lassen, indem
er dem Wunsche Ausdruck gab, daß diese Verhandlungen vom
Geiste sittlich-religiösen Ernstes, wahrer (f) Vater-
landsliebe und ähnlichen guten Eigenschaften getragen werden
müßten.“

Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung
von Volksbildung. Die unter Aidericher Protection stehende
Vereinigung tritt in Weimar am 26. 27. Mai zusammen, um
folgende fünf Punkte zu beraten: 1. Die hauswirtschaftliche
Ausbildung der Mädchen. 2. Die Unterstufung der hygienischen
Besprechungen. 3. Der Sonntagunterricht in den Fortbildungsschulen.
4. Was läßt sich zur Pflege einer gebieterischen Volks-
bildung in den Arbeiterkreisen thun? 5. Vorbereitungs-
schulen für das Handwerk. — Praktischen Werth für
die Förderung einer wahrhaften Volksbildung hat diese
Generalversammlung so wenig wie alle früheren. Die
als Referenten ausersehenen Volksfreunde, meist der
freisinnigen Vereinigung angehörig, werden mit beaglicher
Breite sich gegenseitig die große Unwissenheit des Volkes vor-
dekklamiren und sich gegenseitig beweihärdern. — Die geistigen
Bedürfnisse des Volkes kennen die Herren ebensowenig wie sie
das Volk selbst kennen und verstehen.

Dem Verdienste seine Krone. Unser Mannheimer
Schweizerorgan schreibt unterm 5. d. M.: Seit gestern prangt
an allen Stellen der Badischen Anilinfabrik in Ludwigs-
hafen nachstehender Ausruf:

An unsere Mitarbeiter!

Am 1. Oktober sind es 25 Jahre, daß unsere beiden
Direktoren, die Herren Kommerzienräthe Dr. Brund und
Dr. Lafer, in das Geschäft der Badischen Anilin- und Soda-
fabrik eingetreten sind. Mit „unermüdblicher Thätigkeit“ und
„allen Geisteskräften“ haben dieselben gewirkt, „unser“ Geschäft
fest zu bauen und zu einem der größten Industriezweige der
Geschäftswelt zu machen. Seit mehreren Jahren haben die
Direktoren unseres Geschäfts stets das Wohl „ihrer“ Arbeiter
und deren Familien mit „aller Kraft“ zu fördern gesucht und
haben gewiß bei uns allen, die wir verpflichtet sind, das
Wohl und Wehe unserer Familien stets im Auge zu haben, die
beste und freundlichste Anerkennung gefunden. Dem Befehl
des „festen Vertrauens“ und der Hochachtung, sowie der
„Dankbarkeit“ unsererseits Ausdruck zu geben, wäre sicher der
1. Oktober 1894, dem 25-jährigen Jubiläum der Herren Direk-
toren Dr. Brund und Dr. Lafer, der geeignete Tag. Es
sind alle Arbeiter, welche sich an dieser offenen und „freien“ (f)
Anerkennung der „Verdienste“ unserer Direktoren betheiligen
wollen, freundlichst „eingeladen“, sich in die im Aufseherlokal
aufliegende Liste einzusetzen.

Ludwigs-hafen a. Rh., den 1. Mai 1894.

Das Komitee.
Daß sich alle Anilinfabrik natürlich „freiwillig“ in die Liste
einzeichnen und den Herren Direktoren, durch deren „Unmühe“
die Aktionäre riesige Profite vertheilt, die Arbeiter aber schier
verhungern können, Ovationen darbringen, ist klar! — In der
am 11. Mai stattgehabten Hauptversammlung der Badischen
Anilin- und Sodafabrik wurden die Anträge des Aufsichtsraths
zur Gewinnvertheilung für das Rechnungsjahr 1893 genehmigt
und die Dividende auf 162 Mark per Aktie (= 27 pCt.)
festgesetzt, welche sofort zahlbar ist.

Der Exekutiv-Ausschuß des Bundes der Berg-
leute von Großbritannien hatte am 10. Mai unter
Vorsitz des Präsidenten Richard (gegenwärtig auf dem Inter-
nationalen Kongreß in Berlin anwesend) eine Sitzung. Es
handelte sich darum, Stellung zu nehmen zu der Arbeitsperre
der schottischen Bergleute. In einigen Distrikten ist denselben
nämlich eine sofortige Lohnherabsetzung von 20 pCt. angehängt
worden. Da die Bergleute sich geweigert haben, die Kürzung
anzunehmen, so ist bereits für 30 000 Arbeiter die Arbeitsperre
in Kraft getreten. In Fife und Glacomanen soll der Lohn um
15 pCt. herabgesetzt werden. Der Exekutiv-Ausschuß beschloß,
eine allgemeine Konferenz des Bundes einzuberufen, welche
sogleich nach dem Schluß der Berliner Internationalen Kon-
ferenz abgehalten werden soll. Mittlerweile sollen die schottischen
Bergleute ihre Arbeitsherrn auffordern, die Lohnkürzung rück-
gängig zu machen.

Für den Inhalt der Interate über nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Donnerstag, den 17. Mai.
Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Letzte Liebe.
Berliner Theater. Das Glas Wasser.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Lesung-Theater. Madame Sans Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Großes-Groß!
Residenz-Theater. Der selige Loup.
Central-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorch: Die Bajazzi.
Alexanderplatz-Theater. Rabbi David, der Knabenräuber, oder: Christ und Jude.
National-Theater. Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern, oder Berliner in Afrika.
Theater Unter den Linden. Eine Nacht in Venedig. Hierauf: Parfanello.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Die verkehrte Welt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern.
Große heroisch-humoristische Kolonial-Reiseposse mit Gesang und Tanz von Dr. Gustav Braun.
Musik von Felix Jäger.
Regie: Max Saml.
Raffeneröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Charley's Tante. Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Raffeneröffnung 5 1/2 Uhr, Anfang 6 Uhr.
Die Theaterbesucher haben den Eintritt zum Garten frei.
Morgen: Vom Viehhof bis zu den Menschenfressern. Im Garten: Vorstellung.
Sonabend: Volks-Vorstellung. Die Räuber.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Donnerstag, den 17. Mai 1894:
17. Gastspiel von Emil Thomas:
Der Registrator auf Reisen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater.
Heute:
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akte v. Brandon Thomas.
Vorch: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Brauerei,
Lühnowstraße 111-112.
Garten resp. Saal.
Täglich
(mit Ausnahme Sonnabends):
Stettiner Sängers
Herren: Meysel, Hankel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Blieschen und Blank.
Stets wechselndes Programm!
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr
Billetts im Vorverkauf (nur für die Wochentage) à 40 Pf. und Familien-Billetts à 1 M. (für 3 Personen giltig).
Siehe Plakate.
Jeden Sonntag und Donnerstag nach der Soiree:
Tanzkränzchen.

Altes Schützenhaus,
Einienstraße 5, empfiehlt seine Säfte.
Jeden Sonntag: Ball.

Alexanderplatz-Theater
Alexanderstr. 40.
Novität!!!
Hoppegarten.
Vollstück mit Gesang in 5 Akten von G. Prudenz.
Regie: Max Saml.
Raffeneröffnung 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung: 7 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Neu:
Das Mene Tekel.
Sonderb. u. geheimnissv. spiritistische Produktion.
Neu:
Der 13jährige Riese.

Passage-Panoptikum
500 Schenkwürdigkeiten von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends u. a.:
Blau Grotte, historische Dioramen, Illusionen etc.
Im Theatersaal v. 6 Uhr ab:
Spezialitäten - Vorstellung
Ganz neues Programm!
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Noabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Noabit 80/81. (Pferdeb.-Verbind.)
Täglich:
Concert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Helmuth Peters.

Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Die Kasseküche ist geöffnet.

Feen-Palast.
Neue Direktion.
Vereinen, Ausstellungen und Veranstaltungen stehen die Gesamtträume während der Saison zur Verfügung.
Meldungen im Tunnel, Burgstr. 20.
7782R
Die Direktion.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für **Cigarren-Fabrikanten** **!! billigster Einkauf!!**
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung!
nach Uebereinkunft!
Ein Jeder mache den Versuch.

Ein grosser Posten
Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige **Normal-Schlafdecken**
mit kleinen Maschinenslocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm.
per Stück 4,50 M. Preis 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.
Stoppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.
Neues Club-Haus
72, Kommandantenstr. 72.
Jeden Sonntag: **BALL.**
Empfehle meine 4 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen gratis.
845b H. Ebert.

Todes-Nachricht.
Das Mitglied des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Kreises,
Paul Gossing
Barbier
verstarb plötzlich am Herzschlage.
Beerdigt wird derselbe am Donnerstag, den 17. Mai, Nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Müllerstr. 32b, aus nach dem Nazareth-Kirchhof, Seestraße 490/11
Der Vorstand.

Allen Kollegen, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, das mein lieber Mann, der Schriftsetzer
Ernst Schaar,
am Dienstag Nachmittags 4 Uhr nach schwerem Kampfe verschieden ist. — Um stille Beileid bittet
Berlin, 15. Mai 1894.
Die trauernde Wittwe.
Die Beerdigung findet Freitag, 18. Mai, Nachm. 6 Uhr, vom Neuen Sophien-Kirchhof (Gefundbrunnen, Ende d. Freienwalderstr.) aus statt.

Dauftagung.
Für die überaus zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unferes unvergesslichen Vaters, Großvaters und Schwiegervaters, des Schankwirts
Karl Herrath
sagen wir allen Genossen, Bekannten und Freunden, besonders dem Gesangsverein Kreuzberger Harmonie, dem Wahlverein des 2. Wahlkreises, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe, dem Rauchklub Grüne Eiche und den Arbeitern der Krey'schen Lampenfabrik unsern herzlichsten Dank.
786b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Steinruders **Emil Schmidt,** sage allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Radice meinen herzlichsten Dank.
798b
Ww. Therese Schmidt nebst Kindern.

Bei meiner Abreise nach dem Auslande sage ich allen Freunden und Gönnern ein herzliches Lebenswohl!
792b
R. Wahner, Maler.

Junge Damen und Herren, welche sich an einem besseren Theaterverein beteiligen wollen, können sich melden jeden Donnerstag von 8 Uhr Abends ab Boedstraße 82 im Lokal. 787b
Stimmgebende Herren werden für Arbeiter-Gesangverein gesucht, Tendenz bevorzugt. Meldungen am Donnerstag im Restaurant Arndt, Seidelstr. 30, 9 Uhr. 436/15


Mützen liefere zu nachsteh. bill. Preisen
Herren-Fein-Jockey . . . 4,25 p. Dk.
Herren-Stoff-Jockey . . . 6, —
Herren-Stoff- a. Wollfutter . . . 7, —
Herren-Wurbin-Jockey auf Kautschud (also n. einfall.) 10, —
Herren-Raumig. auf Kautschud, schön garnirt . . . 12, —
Verfandt umgeh. p. Nachn. Bei Auftr. von 20 M. an Porto u. Nachn. frei und 2pCt. Skonto. Mützenfabrik von **W. Dreykluft, Schweidnitz.**

Photographen,
die gewillt sind, sich an einem großen, neuen und rentablen photographischen Unternehmen zu beteiligen, wollen ihre Adresse unter „Photographie“ bei der Exped. d. „Vorwärts“ niederlegen.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Kinderwagen,
größtes Lager, billigste Preise, von 10 M. an, auch Theilzahlung. 1258*
W. Holze, Oranienstraße 3.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 9.

5. Internationaler Bergarbeiter-Kongress.
Donnerstag, den 17. Mai, Abends 9 Uhr, im großen Saale der „Concordia“, Andreasstraße 64:
Großer Kommerz zu Ehren der Delegirten.
Aufführung von lebenden Bildern.
Deklamatorische, Musik- und Gesangs-Vorträge.
Festrede.
Einladungskarten à 50 Pf. sind auf dem Gewerkschafts-Bureau, Rosenstr. 28, v. 1 Tr., Vorm. von 8 bis 10 Uhr zu haben.
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgeoffen Deutschlands. Filiale Berlin.)
Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung findet nicht heute statt, sondern nächste Woche, Donnerstag, 24. Mai, bei Philipp, Rosenthalerstraße 38.
491/18 Die Verwaltung Berlin.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 18. Mai, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Kollegen **Ehrenberg, Annenstraße 16:**
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag und Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Antrag über Nachbewilligung einer Sterbeunterstützung. 4. Beschlußfassung über Erhaltung der Vereinsrechte für Witwen verstorbenen Kollegen. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
164/14 Der Vorstand. J. A. W. Lorenz.

Ausstellung Italien in Berlin.
(Station: Zoologischer Garten.)
Donnerstag, den 16. Mai
„Erster grosser Elite-Festtag“
grosses Monstre-Concert
ausgeführt von 10 italienischen Orchestern.
Geöffnet von Morgens 10 Uhr bis Nachts 12 Uhr.
Entree 1 Mark.
Freitag und die folgenden Tage: Eintrittspreis 50 Pf.
Beginn der Concerte wie gewöhnlich.

Heute, Donnerstag: **Schloss Weissensee.**
Erstes Monstre-Parade-Fenerwerk in der Saison:
Das Bombardement von Rio Janeiro.
Großartigstes pyrotechnisches Kriegs-, Wasser- und Land-Fenerwerk von den bel. Pyrotechnikern **Paul Feldler** und **Rudolf Massow.** Neue Decoration von Müller und Schläfer. Ganz neue Effekte! 777M
Gr. Militär-Concert. 1. Garde-Reg. in Unif. (Königin v. Engl.)
C. Voigt. Seetheater. Neues Personal. Alt. Programm! **Schlacht-musik** von Saro. **Bal-Champêtre.** Größter Ballsaal!
Brothers Niagara. Preisgekrönte Thurnfeilläufer. — Entree 50 Pf.
Vorr. 40 Pf. Reserv. Pl. 75 Pf. Pavillon 2 M.
J. Garth. H. Schenk.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andraasstr. 23, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldthain
größtes Lager Berlins. Muster-Kinderwagen, höher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlt ich Jedem, der mir nachweist, das ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
NeueJakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andraasstr. 54, Prachtstr. 36, Potsdamstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. j. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Wäsche, gef. 1 M. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 M. v. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billig. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben.

!Roh-Tabak!
Sämtl. in- und ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Rohtabak-Bruppenstrasse 185.**

Musik-Instrumente.
Alle Klav., Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielzeug zum Drehen u. selbstspielend, **Musik-Automaten** fertigt **Aug. Kessler, Lauscherstr. 51.**

Men! **Cigarren-Etuis** aus reinem Leder offerirt per Duzend mit M. 3, — gegen Nachnahme. 1808*
Paul v. Damnitz Nachf.
Berlin NO, Neue Königstr. 59.

Homöopath. Heil-Institut n. d. Lehre Dr. Hahnemann's, **Grüner Weg 41, I.**
Sprechst.: 10-11 u. 2-5, Sonnt. 8-10

Homöopath. Regt Dr. Hsch, Einienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr. 74L*

Kinderwagen. — Reijeförbe.
Spezialartikel. Fabrikpreise. Theilzahl. gestattet. **Oranienstr. 115.**

Arbeitsmarkt.
Schriftstauer verlangt 789b
H. Babel, Schönhauser Allee 163.
Beseglerinnen auf Goldbleiten und Vergolder können sofort anfangen bei **F. Joerd u. Sohn, Stalinerstr. 28.**
Sattler- u. Niemergefelle **H. Aleksi,** Berlin, Weidenweg 58, Quergeb. II, sucht Arbeit auf Sattlerei, Arbeitsschizze bei Reijstern. 794b

Geübte Maschinenstapper,
welche in Steppdecken-Fabriken in Deutschland bereits thätig waren, werd. per sofort an engagiren gesucht. Offert. mit Gehaltsanprüchen sind an d. Exp. d. Bl. unt. Tüchtig und stark Nr. 100 zu richten. 782b

5. Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Berlin, den 16. Mai 1894.

4. Sitzung. Vormittag.

Zu Tagespräsidenten sind John Wilson M. P. aus Durham (von den Engländern), Strunk (von den Deutschen), Lamendin (von den Franzosen) vorgeschlagen. Lamendin weigert sich den Vorsitz mitzubehalten, auf ausdrückliches Verlangen der deutschen Delegierten, die den ersten Vorsitz heute in der Hand eines Franzosen wissen wollen, damit die einzelnen Nationalitäten abwechseln, betritt Lamendin die Plattform. Die Deutschen verlangen Abstimmung darüber, wer das erste Präsidium übernehmen soll. Zwischen dem Tagespräsidenten und dem Uebersetzer aus dem Englischen und in das Englische (Gen. Ledebour) entspinnt sich eine Debatte darüber, ob der Uebersetzer wörtlich übersezt oder in die zu überseztenden Worte seine eigene Meinung hineininterpretiert habe. Genosse Ledebour legt darauf sein Amt als Dolmetscher nieder. Wilson erklärt, daß er genau nach der Geschäftsordnung des vorigen Kongresses verfahren sei. Liebnicht, der in diesem Augenblicke übersezt, fügt aus Eigenem noch hinzu, daß die parlamentarische Regelung der Geschäfte in England, das auf eine vielhundertjährige parlamentarische Geschichte zurückblickt, eine wesentlich andere sei als die der Deutschen. Es handele sich deshalb hier nicht um eine Prinzipienfrage, sondern lediglich um ein Mißverständnis.

Abraham versucht seinen Bericht über die Bergarbeiter-Verhältnisse zu geben, wird jedoch durch französische und deutsche Zurufe unterbrochen, die zunächst ein Eingehen auf die Geschäftsordnung verlangen, Salvignac verlangt das Wort zur Geschäftsordnung, es wird ihm nicht erteilt, indem die Engländer die Franzosen und Deutschen zur Ordnung rufen. Abraham verläßt die Tribüne. In diesem Augenblicke verschafft sich ein Delegierter der christlichen Bergarbeiter Waldstein aus Oberschlesien Gehör, der gegen das Vorgehen der übrigen Deutschen protestiert. Ich stehe mit der Mehrheit aller Arbeiter auf christlichem Standpunkte. Ich halte treu zu Papst, Kaiser und Reich. Es geht hier nicht richtig zu, man versucht mich zu verdrängen und zu vergewaltigen, man hat mich nicht einmal auf die Präsenzliste gesetzt. Man versucht die Leitung des Kongresses in sozialdemokratische Hände hinüberzuspielen, ich kann das nicht zugeben und stelle mich auf Seiten der Engländer in der Präsidentenfrage. Salvignac protestiert nochmals gegen die Geschäftsordnung.

Waldstein schreit in den Saal hinein: Wir wollen unsere Forderung auf friedlichem Wege erreichen, und nicht mit Gewalt wie die Sozialdemokraten. Man will eine Resolution nicht drucken lassen, die ich mit Uebereinstimmung ausländischer Delegierten eingebracht habe. (Erneute Unruhe.)

Wilson erklärt nunmehr, daß die englische Delegation auf 10 Minuten sich zurückziehe, um die Streitfrage zu erledigen. — Der ganze Streifall ist offenbar nichts weiter als ein Mißverständnis. Der Vorsitzende ist nach der Geschäftsordnung der vergangenen Kongresse, die von dem diesmaligen Kongress ebenfalls akzeptiert worden ist, vollständig korrekt verfahren.

Nach kurzer Berathung lehren die englischen Delegierten wieder zurück, die Verhandlungen werden wieder eröffnet.

Wilson erklärt: Die Engländer sind nach dem Kongress gekommen, befehl von der Absicht und dem Wunsch, für die Sache der Bergarbeiter, also auch für die Bergarbeiter des Kontinentes das Beste zu thun. Wir sind befehl von den brüderlichsten Gefühlen gegen alle Nationen. Wenn es vorgekommen ist, doch die eine oder die andere Reueigung verleidend gewirkt hat, so hat das nicht in unserer Absicht gelegen. Nichts hat uns ferner gelegen, als daß eine der besser organisierten Nationen die anderen terrorisire. Wir stehen auf dem Standpunkte vollster Gleichberechtigung und gestehen deshalb natürlich auch jeder Nation die gleichen Rechte zu. Unser ganzer Kongress hat ja in erster Linie den Zweck, auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung aller Nationen Einigkeit zu erzielen; die Behauptung der Gleichberechtigung ist deshalb unsere erste Pflicht, die wir im vollsten Maße anerkennen. Wenn nun verletzt worden ist, so geschah das aus Mißverständnis, daß so leicht infolge der Verschiedenheit der parlamentarischen Sitten und der Schwierigkeit der gegenseitigen Verständigung entstehen kann. Die Engländer sind deshalb übereingekommen, in dem Punkte, der zu Mißverständnissen geführt habe, nachzugeben und sie schlagen vor, daß an jedem Tage ein Tagespräsident aus der Mitte des Kongresses gewählt werden soll und ebenso ein Vizepräsident aus einer anderen Nation. Er hoffe, daß nach Beilegung dieses Zwischenfalles der Geist des Friedens den Kongress beherrschen möge und daß alle übrigen Streitfragen in demselben Geiste der Versöhnlichkeit gelöst werden mögen. (Lebhafte allseitige Beifall.)

Hierauf wird einstimmig Lamendin zum Tagespräsidenten gewählt, Wilson zum Vizepräsidenten.

Bezüglich des Zwischenfalles mit Herrn Ledebour erklärt noch Wilson: Wenn ich geirrt habe, habe ich immer Worte der Entschuldigung auf den Lippen; ich habe Ledebour Unrecht gethan, ich bitte ihn um Entschuldigung und erlaube ihn, das Amt des Uebersetzers wieder zu übernehmen.

Lamendin spricht sein Bedauern über den Zwischenfall aus, er führt ihn auf ein Mißverständnis zurück, das durch die Verschiedenheit der Sprachen entstanden sei. Er gratulire den Engländern für die gentlemanlike Art und Weise, wie sie diesen Zwischenfall aus der Welt geschafft haben.

Mit einigen Worten des Tages übernimmt Ledebour wieder das Amt des Uebersetzers. Hierauf erstattet Abraham M. P. (Wales) seinen Bericht. In manchen Punkten wichen die Bergarbeiter-Verhältnisse in Wales von den englischen Verhältnissen ab. Die Kohlen reichen bis an das Meer, zum Theil bis unter das Meer herab. Da die Kohlen gleichzeitig sehr gut sind, die Transportkosten aber gering, so sei im allgemeinen die Geschäftslage nicht schlecht. Aber die Arbeiter profitiren von diesen Verhältnissen nur wenig. Er ruft deshalb aus:

„Vor der Frieden daher fliehen könnte wie ein Strom, müßte die Gerechtigkeit daher rollen wie die Wogen des Meeres.“

In Bezug auf die gesellschaftlichen Fragen befinden sich die Walliser nicht im Widerspruch mit den Engländern; er glaube aber einige besondere Wünsche auszusprechen zu müssen. So muß vor allem betont werden, daß eine wirkliche und ausreichende Vergütung nicht bestehe, auf eine solche müßte aber der Hauptnachdruck gelegt werden. Weiter aber litten gerade die Walliser Bergarbeiter, im Gegensatz zu den englischen Arbeitern, unter der Konkurrenz angelernter Arbeiter. Was die Frage der Arbeitszeit anbelangt, so seien alle Walliser Arbeiter einig, daß eine Regelung notwendig sei und wirksam nur durch die Gesetzgebung geschehen könne. Nur über die Zeit bestche verschiedene Auffassung. Die Mehrheit halte an dem Achtstundentag fest, es sei aber auch eine Minderheit vorhanden, die von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen wolle. — Bezüglich der Walliser Arbeiter enthalte der Bericht einige Irrthümer, so vor allem bezüglich ihres ungünstigen Einflusses auf den großen Streik von 1893. Es sei nicht richtig, daß sich damals der Lohn der Walliser nur um 10 pCt. über den Standard von 1879 erhoben habe. Er habe vielmehr 30 pCt. höher gestanden. Wenn er

damit allerdings nicht die Höhe der englischen Löhne erreicht habe, so sei die Differenz doch nicht so groß gewesen, wie der Bericht der Majorität behauptete. Am Schluß richtet Abraham einen kräftigen Appell an die Bundesbrüderschaft aller Bergarbeiter, damit sie von Jahr zu Jahr in der Hebung ihrer Klassenlage fortfahren mögen. (Beifall.)

5. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Sachse-Zwickau erstattet Bericht über die Bergarbeiter-Verhältnisse in Sachsen, Schlesien und Altendurg. In dem von ihm vertretenen Bezirk seien ca. 30 100 Bergarbeiter, darunter 517 Kinder, 666 jugendliche Arbeiter und 740 Frauen beschäftigt. Frauen und Kinder seien hauptsächlich im Erz- und Silberbergbau beschäftigt. Die Lohnverhältnisse in Sachsen seien außerordentlich traurig. Er giebt darüber folgende Uebersicht der Durchschnittslöhne.

Freiburg, Silberbergbau	747 M. jährlich	f. Männer.
	192	f. jugendl. Arbeiter.
	701	im Durchschnitt.
Marienberg	608	f. Männer.
	255	f. jugendl. Arbeiter.
	594	im Durchschnitt.
Johann-Georgenstadt	475	f. Männer.
	450	f. Frauen u. Kinder.
	474	im Durchschnitt.
Schneeberg	699	f. Männer.
	249	f. jugendl. Arbeiter.
	679	im Durchschnitt.

Im Steinkohlen-Bergbau liegen die Verhältnisse etwas günstiger:

Chemnitz	879 M. jährlich	f. Männer.
	346	f. jugendl. Arbeiter.
	394	f. Frauen.
	855	im Durchschnitt.
Dresden	1081	f. Männer.
	331	f. jugendl. Arbeiter.
	580	f. Frauen.
	1035	im Durchschnitt.
Zwickau	984	f. Männer.
	374	f. jugendl. Arbeiter.
	479	f. Frauen.
	969	im Durchschnitt.

Im Braunkohlen-Revier von

Chemnitz	719 M. jährlich	f. Männer.
	302	f. jugendl. Arbeiter.
	321	f. Frauen.
	686	im Durchschnitt.
Dresden	567	f. Männer.
	295	f. Frauen.
	558	im Durchschnitt.

Trotzdem diese Löhne aber wahre Hungerlöhne sind, versucht man immer wieder sie noch herabzubringen. Es kam deshalb im vergangenen Jahre in Zwickau zum Streik, weil man eine Lohnherabsetzung um 50 pCt. durchzusetzen versuchte, jetzt streiken die Förderleute, weil man ihnen bei ihrem geringen Lohn von 2 M. einen Zuschlag von 60 Pf. verweigerte.

Nicht anders lägen die Verhältnisse in Schlesien und im Altendburger Bezirk.

Die Arbeitszeit in Sachsen beträgt theilweise 8 Stunden, in den Erzbergwerken aber meist 10—11 Stunden; ähnlich in Schlesien; in Altendburg dagegen sei eine geringelte Arbeitszeit überhaupt nicht vorhanden, die Bergarbeiter müßten so lange arbeiten, als es ihnen befohlen würde. Meist dauere die Arbeit 14—15 Stunden. In der durch die länglichen Löhne ungünstig beeinflussten Lebenslage kommt noch die Einwirkung der Arbeit selbst hinzu. In einigen Gruben herrscht eine Temperatur, von 40, 45, ja selbst 50 Gr.C. Hieraus seien die Regierungen schon wiederholt aufmerksam gemacht worden. Der wenig erfreuliche Bericht findet seine Ergänzung noch dadurch, daß in Schlesien selbst erwachsene Arbeiter, in Sachsen wenigstens die jugendlichen Arbeiter geprügelt wurden. — Der Geschäftsstand sei kein besonders günstiger, fast jede Woche würde eine Preisveränderung verfahren, und dabei würde bereits auf Vorrath gefördert. Einzelne Werke gewährten allerdings horrenden Dividenden, 60 bis 70 pCt.; damit vergleiche man die elenden Löhne!

Der Organisation der Bergarbeiter werden die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, das Mittel dazu sind auch hier die Knappschafftskassen, deren Vortheile die Bergarbeiter verlustig gingen, wenn sie arbeitslos würden, wer aber hervorragend an der Organisation thätig sei, werde gemästet und finde so leicht nicht wieder Arbeit. Von 20—22 000 männlichen Arbeitern Sachsens, die allein sich organisiren könnten, seien aber trotzdem etwa 9000 bereits organisiert und von Jahr zu Jahr mache die Organisation größere Fortschritte. Von dieser Organisation sei auch bereits eine Petition dem sächsischen Landtage eingereicht worden, in der auf Grund der Beschlüsse der früheren Bergarbeiter-Kongresse die Achtstundentarbeit, die Wahl der Berginspektoren durch die Arbeiter bei Bezahlung durch den Staat, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden in solchen Gruben, in denen eine Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius herrsche und andere Arbeiter-Maßregeln gefordert wurden. Aber diese Petition sei einfach unter den Tisch gefallen und nur ganz nebenfällige Punkte seien der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen worden. Vor allem verlangen die Bergarbeiter aber die Abschaffung der Arbeitsbücher für erwachsene männliche Bergarbeiter. Ganz unerhört sei besonders § 80 des sächsischen Berggesetzes, der die Ablegung der Bergarbeiter aus ganz nichtigen Gründen gestatte, während umgekehrt die Arbeiter den Unternehmern gegenüber so gut wie keine Rechte hätten, die Arbeiter müßten sich alles von den Unternehmern gefallen lassen. — Eine kleine Verbesserung des Berggesetzes sei eingetretten durch die Novelle von 1884, welche denjenigen Arbeitern wenigstens die Rentenansprüche sichert, die grundlos entlassen worden seien. Die Unternehmern zwingen deshalb mißliebige Elemente dazu, freiwillig die Arbeit niederzuliegen, damit sie nur ja aller Pensionsansprüche verlustig gingen. Die sächsischen Bergarbeiter stehen auf dem Standpunkte, daß durch gegenseitige Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter nichts zu erreichen sei, die Arbeiter müßten die politische Macht erringen, um ihre berechtigten Forderungen durchsetzen zu können. Aus diesem Grunde seien sie durchaus international gesinnt und stehen auf dem Boden der Sozialdemokratie. Nur von der Verwirklichung der Ideale der Sozialdemokratie erhoffen die sächsischen Bergarbeiter eine dauernde Verbesserung der Lage des Proletariates. (Beifall.)

Für die belgische Delegation berichtet

Marville. Die Lage der belgischen Bergarbeiter ist eine furchtbare. Klage gegen die herrschende Klasse und gegen die Rechtslosigkeit der Arbeiter. Während diesen gewisse Garantien durch das Gesetz zur Seite stehen, Frauen- und Kinderarbeit unter Tage verboten sind, minderjährige Frauen (unter 21 Jahren) nicht länger als zwölf Stunden täglich beschäftigt werden sollen, kümmert sich kein Kapitalist um das Gesetz. Das Gesetz steht nur auf dem Papier. Frauen und Kinder arbeiten selbst unter Tage (Hört, hört! Hui!), aber höchst selten kommt es vor, daß die Unternehmer für diese Uebertretungen bestraft werden. Zwölfjährige Mädchen

arbeiten 14—15 Stunden täglich in der Grube. Kinder sollen nicht länger als 10 Stunden beschäftigt werden, werden aber zu 12 stündiger Arbeit angehalten. In den vier belgischen Kohlenrevieren: Charleroi, Borinage, Lüttich und Centrum arbeiten 118 000 Menschen, Frauen und Kinder einbezogen. Die Löhne sind die niedrigsten in ganz Europa, sie wechseln zwar in den einzelnen Revieren, bewegen sich aber zwischen 2,40—2,60 bei den Männern, 0,70—1,60 bei den jugendlichen Arbeitern und 1—1,60 bei den Frauen. Die Arbeitszeit ist äußerst lang, besonders in Anbetracht der ungünstigen Arbeitsverhältnisse. Sie bewegt sich zwischen 10 und 12 Stunden. Die belgischen Arbeiter erstreben den Achtstundentag und ein Lohnminimum, freilich bis jetzt ohne Erfolg. Aber nachdem sie in politischer Hinsicht einen so großen Sieg errungen, fast das gleiche Wahlrecht errungen haben, haben sie begründete Hoffnung, ihre wirtschaftlichen Forderungen auf politischem Wege durchzusetzen, damit sie nicht mehr länger die Paria unter den europäischen Bergarbeitern seien. — Infolge der Profitwuth des Unternehmertums ist die Zahl der Unfälle in belgischen Bergwerken sehr groß, die Zahl der schlagenden Wetter erreicht eine so außerordentliche Höhe, daß man sich scheut, die statistischen Daten darüber zu veröffentlichen, so vergeht fast kein Tag, an dem nicht Bergarbeiter-Familien in Schrecken und Trauer versetzt werden. Die Grubeninspektion ist äußerst mangelhaft, weil sie ausschließlich in den Händen von Bourgeoisöhnchen liegt. Es besteht allerdings ein Haftpflichtgesetz, aber wehe dem Arbeiter, der seine Entschädigungsansprüche einlegt! Ganz abgesehen davon, daß schon der hohen Prozesskosten wegen Klagen nur selten anhängig gemacht werden können, wird jeder Arbeiter gemästet und findet auch an anderen Gruben keine Arbeit mehr. Man könne deshalb wohl sagen: Die belgischen Bergwerks-Besitzer haben das Recht, ihre Arbeiter zu tödten, ohne daß ein Hahn danach kräht. Ein bewährter belgischer Nationalökonom hat Recht, wenn er sagt: Belgien ist das Land der niedrigen Arbeitslöhne und der langen Arbeitszeit, das Paradies der Kapitalisten. Besserung erhoffen die belgischen Bergarbeiter nur von der internationalen Verständigung der Arbeiter auf dem Boden der Sozialdemokratie. (Beifall.) Redner schließt: Es lebe die internationale Verständigung, es lebe die freien, den Kräften der Kapitalisten entziffenen Arbeiter. (Lebhafte Beifall.)

Es wird sodann folgendes Begrüßungs-Telegramm der österreichischen sozialdemokratischen Parteivertretung verlesen:

Wir begrüßen das internationale Parlament des organisierten Grubenproletariats und wünschen, daß dessen bedeutungsvolle Beschlüsse den schweren Kampf der österreichischen Bergarbeiter und der endlichen Befreiung der Arbeit überhaupt förderlich seien. Jeder Fortschritt der internationalen Verbrüderung der Ausgebeuleten ist ein neuer Schritt zu ihrem Siege. Die gesammte Klassenbewegung der Arbeiterklasse sieht auf Euch! (Lebhafte Beifall.)

Bunte: Zu dem Bericht der Bergleute Rheinland-Westfalens, der gedruckt zur Vertheilung kommen werde, müße er noch einige Ergänzungen geben: In dem Deutschen Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus sind in der letzten Zeit auf Andringen der Sozialdemokratie durch die Regierungen Verbesserungsvorschläge zu den Arbeiter-Gesetzen und dem Verggesez gemacht worden, aber wir haben es erlebt, daß die Interessenvertretung der Bourgeoisie die Gesetze gegenüber den Regierungsvorlagen noch mehr verschlechtert. Obwohl nun das deutsche Arbeiter-Schutzgesetz elend genug ist, richten sich die Unternehmer selbst nicht einmal nach diesen schwächlichen Bestimmungen. Bekannt ist, wie sich die Unternehmer um die Vorschriften herumdrücken, daß die Arbeitsordnungen nach dem 1. Januar 1893 unter Genehmigung der Arbeiter zu Stande kommen müßten. Zum Theil ließen sie sich rasch Arbeitsordnungen noch vor dem 1. Januar durch die Behörden bestätigen, zum Theil legten sie sie den Arbeitern nur vor, achteten aber nicht auf ihre Einsprüche, indem sie meinten, daß durch die Vorklage allen gesetzlichen Pflichten genügt sei. In ähnlicher Weise wird der Einfluß der Gewerbegerichte bedeutungslos gemacht. — Seit ihrer Entstehung sind die Organisationen der Unternehmern ein Dorn im Auge und durch die Knappschafftskassen besonders wurde ganz wie in Oesterreich durch die Bruderladen den Arbeitern ein Knüttel zwischen die Beine geworfen. Die Knappschafftskassen, die den Arbeitern nur sehr geringe Vortheile bieten, arbeiten anßerdem mit sehr hohen Verwaltungskosten, die natürlich auch zum größten Theil von den Arbeitern selbst getragen werden müßten. Als die Arbeiter dagegen vorstellig wurden, dividirten die Beamten der Knappschafftskassen heraus, daß im vergangenen Jahre 8000—9000 M. Krankenkosten an Simulanten gezahlt worden seien, um die Mehrausgabe zu sparen, wurden neue Kontrollen angeordnet, die 26—27 000 M. Einkommen haben. In welcher Weise wagt man es, die Arbeiter zu verböhnen. In grausamer Weise wirkten die Unternehmer gegen Arbeiter mit selbständiger Meinung; über jedem schwebt das Damocles'schwert des Hungertodes. Die Karthelle sind das wirksame Mittel des Unternehmertums, einen mißliebigen Arbeiter in Rheinland-Westfalen, ja in ganz Deutschland unmöglich zu machen. Während man jeden Arbeiter wegen einer unbedachten Reueigung vor die Gerichte gerät und mit harten Gefängnisstrafen belegt, scheint das Geiz gegen Verurtheilungen durch die Unternehmer für die Unternehmer nicht existiren.

Schwarze Listen spielen eine große Rolle — Bunte legt einige derselben von Strack-Sensleben vor — aber die Behörden können solche Listen ruhig in die Hand bekommen, sie rühren sich nicht. Die staatliche Bergaufsicht liegt sehr im Argen. Die Bergmeister bekämen nur das zu sehen, was das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen hat, die Grubenbesitzer wächten immer, wann eine Revision stattfindet. Bei einem Bergarbeiter wird es aber gleich entdeckt, wenn er einmal eine Sicherheitslampe in der Grube öffnet. Da der Arbeiter eine erhebliche Sinbuße an seinem Lohne erfährt, wenn beim Verlöschen der Lampe er sei an den vorgeschriebenen Stellen wieder anzünden wollte, so sei er geradezu dazu gezwungen, gegen die Vorschriften zu handeln, trotzdem aber werde er mit Strafen von 20—25 M. gebüßt. Die schlagenden Wetter ließen sich aber sofort vermeiden, wenn jeder Grubeninspektor für einen Unglücksfall infolge schlagender Wetter mit Gefängnis bestraft würde. Nur die Profitwuth verhindere geeignete Schutzmaßnahmen gegen schlagende Wetter. — Die deutschen Bergarbeiter, so schließt Bunte, seien Sozialdemokraten und von dem Gefühl internationaler Solidarität durchdrungen. (Lebhafte Beifall.)

Frische: Staffurt ergänzt den Bericht Bunte's noch durch einige aus der Staffurter Salzbergbau bezügliche Daten. Das fiskalische Bergwerk in Staffurt machte 1891/92: 1 194 722 M., 1892/93: 1 704 650 M. Ueberschuß; im Etat von 1893/94 ist ein Ueberschuß von 1 764 000 M. vorgesehen. Und trotzdem wagt man es, bei solchen Reingewinnen zu sagen, die geschäftliche Lage gestatte keine Lohnerhöhungen! Ja mehr noch, man setze die Löhne sogar noch erheblich herab. Am 1. März d. J. ist den Förderleuten das Gehalt von 27 Pf. auf 17 Pf. herabgesetzt worden. Schwarze Listen und Maßregelungen sind an der Tagesordnung, die Bergleute getrauten sich kaum mehr Versammlungen zu besuchen, weil diese von Steigern und Obersteigern kontrollirt würden. Nur von der Sozialdemokratie hoffen die Bergarbeiter Hilfe und Besserung. (Beifall.)

Für das Saarrevier berichtet Tellen (St. Ingbert); seine französisch und englisch gehaltene Rede überführt er selbst ins Deutsche. Er schildert die elende Lage der Bergarbeiter des Saarreviers und legt die Ursachen des letzten großen Streiks von 1892 dar. Zum Schluß beantragt er, dem Handelsministerium folgendes Gesuch einzureichen:

Bei Gelegenheit des Streiks im Saarrevier, hervorgerufen durch teilweise hochgradiges, bürokratisches Benehmen der Leiter zu vielen Beamten und durch die sonstigen schon damals der Regierung bekannt gegebenen berechtigten Beschwerden der Arbeiter wurden ca. 5000 Arbeiter auf längere Zeit und ca. 1500 dauernd abgelegt. Auch nach dem Streik haben die Lohnverhältnisse sich nicht gebessert, sind vielfach sogar zurückgegangen, die Maßregelungen sind verschärft worden, Verbote von Arbeiterzeitungen, dahingegen Aufdrängen von Nachwerken wie „Bergmannsfreund“ als Leseküre, Verbote von Versammlungen, Konsumvereinen u. s. w. und überhaupt viele Eingriffe in die persönliche Freiheit der Arbeiter haben stattgefunden, sogar bis auf die Schulkinder erstreckt sich diese kleine und kleinliche Maßregelung, indem sie verschieden in bezug auf Schulgeld und Schulbücher behandelt werden, je nachdem der Vater persona grata ist oder nicht. Hauptächlich in Bezug und Interesse der gänzlich abgelegten Bergleute, von denen manche über 20 Jahre in den Gruben gearbeitet und zum Pensionsfonds beigetragen haben und jetzt viele mit zahlreicher Familie seit 18 Monaten verdienstlos darben, hat der Kongress nach reiflicher Überlegung und Erwägung, ob namentlich der Streik gerecht fertigt war, es für seine internationale Pflicht gehalten, ein hohes Ministerium als Arbeitgeber zu ersuchen, diesen abgelegten Bergarbeitern mit 1. Juli d. J. Arbeit oder Brot in Form von Pension geben zu wollen, oder den Betrag nebst Zinsen, welchen sie zum Pensionsfonds haben beisteuern müssen, zurückzahlen, um zu verhindern, daß wir unsere Solidarität zur gegebenen Zeit durch einen allgemeinen Ausstand behaftigen müssen.

Ein Beschluß wird über den Antrag Tellen's nicht gefaßt. Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt; morgen kommt zunächst die Stellungnahme zum Ktstündentag zur Verhandlung.

Zum Tagespräsidenten für die morgige Sitzung wird auf Vorschlag der Franzosen und Belgier Schröder-Dortmund gewählt.

Schluß 5 Uhr.

In dem gestrigen Bericht ist richtig zu stellen, daß nicht sämtliche deutschen Delegierten abgelegte Bergleute sind, einen derselben, ein Gesenkschneider, ist bis jetzt noch aktiver Bäuer. — Der Delegierte, der einen Protest gegen die Ausweisung Deutscher angeregt hat, heißt nicht Hund, sondern ist der sächsische Landtags-Abgeordnete Horn.

Die Gewerkschaftskommission ladet die Delegierten zu einem am Donnerstag stattfindenden Kommerz und zu einer am Freitag stattfindenden Dampfseifahrt nach Potsdam (Beitrag für die letztere 3 Mark) ein.

Parteinachrichten.

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie fand am 15. Mai im Saale/„S. Pantheon“ zu Leipzig statt. Anwesend sind 56 Delegierte. Ferner wohnen der Landeskonferenz bei: von der Landtags-Fraktion die Genossen Golditz, Geyer, Goldstein, Gruner, Raben, Pinkau, Schulze, Seifert, Pöfel und Stolle-Meerane; vom Zentral-Wahlkomitee Genosse Heilmann-Dresden; vom Parteivorstand Genosse Kuer-Berlin. — Den Bericht über die Tätigkeit des Landtags erstattet der Genosse Kaden-Dresden. Redner kritisierte in scharfen Worten das Verhalten der reaktionären Parteien im Landtag den Sozialdemokraten gegenüber. Durch Abänderung der Geschäftsordnung habe man es erreicht, daß Sozialdemokraten in die Deputationen (Kommissionen) nicht gewählt werden könnten, so daß ihre Tätigkeit nur im Plenum erfolgen konnte. Genosse Kaden schildert weiter das Verhalten der Kammermehrheit bei den Petitionen der Bergarbeiter, wegen des Verbots des Prügelns in den Schulen u. s. w. Der Landtag entschied, daß weiter geprügelt werde. Ebenso wurde die Petition der Bahnarbeiter auf bessere Entlohnung gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Als es sich aber um eine verkehrte Baugewerks-Gesellschaft handelte, beschloß die Kammer die Überweisung der Eingabe an die Regierung zur Kenntnisnahme. Als die sozialdemokratische Fraktion bei der Abänderung des Einkommensteuer-Gesetzes eine schärfere Besteuerung der großen Einkommen beantragte, wurde das natürlich hinfällig abgelehnt. Die Fraktion, so schloß Redner, werde stets die Interessen der Partei wahrnehmen. Schwere Kämpfe stehen uns bevor, namentlich in Sachen, wo ausnahmsweise Bestrebungen auf eigene Faust betrieben werden. Schuler an Schuler werde das Proletariat weiterkämpfen, bis die heutige faule Gesellschaftsordnung beseitigt sein werde.

Ueber die Aufstellung der Kandidaten zum Landtag wird ein Antrag angenommen, dahin gehend, daß die Landeskonferenz endgültig über dieselbe entscheidet, daß die Genossen der einzelnen Wahlkreise sich bis zur Landesversammlung über die Kandidaten zu einigen haben.

Ueber die Agitation referiert Heilmann-Dresden. Er theilt mit, daß die Einnahmen des Zentral-Wahlkomitees sich auf 627 M. belaufen haben. Wenn auch die Agitation eine gute gewesen sei, so müsse dieselbe doch noch erweitert werden. Die Agitation nach Landtags-Wahlkreisen einzuteilen, halte er für falsch. Redner gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Agitationsbezirke, soweit sie darüber berichtet haben. Der Ausarbeitung einer Broschüre über die Tätigkeit des Landtags haben sich Schwierigkeiten entgegengestellt, weil eine Menge Material nicht zu erlangen war, was dazu benötigt wurde. Weiter weist Redner auf die Notwendigkeit hin, daß die Presse mehr wie bisher die Informationen über Gerichtsentscheidungen zu bringen habe.

(Weiterer Bericht folgt. Red. d. „Vorm.“)

Von den schweizerischen Genossen wird eine energische Agitation in die Wege geleitet gegen das Berner Urteil gegen Waffliess. In Zürich fand kürzlich eine Versammlung statt, die von über 1000 Personen besucht war. Advokat Färholz, einer der Verteidiger und Advokat Lang, beides Parteigenossen, sprachen zu dem Thema. Wie in der Schweiz Redefreiheit verstanden und ausgeübt wird, davon mögen folgende Sätze des Advokats Lang Zeugnis geben. Genosse Lang führte u. a. aus: „Wenn der Verteidiger Redy in seinem Plädoyer gesagt hat: „Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!“ so wäre das für die Geschworenen eine Schmeichelei gewesen. Aber diese haben nicht aus Dummheit das Verdikt gegeben, sondern dasselbe ist aus den gemeinsten Motiven herangewachsen. Wir können daraus die Lehre ziehen, daß wir von der heutigen Gesellschaft keine Gerechtigkeit mehr zu erwarten haben. Die Gerechtigkeit, das höchste Gut im Staatsleben, muß dazu dienen, solche Lumpereien zu Ende zu bringen. Es war die elendeste Komödie, die in Bern aufgeführt wurde, denn in Wirklichkeit galt der Schlag der Sozialdemokratie, die dieses Unrecht zu rächen hat. Die beste Genugthuung, die wir Waffliess geben können, ist die Agitation. Einst kommt der Tag, da man in den Zeitungen lesen kann: Wegen gründlicher Reue bleiben die Bureau's unserer Bundesräthe geschlossen. (Stürmisches Bravo.)

Eine kräftige Resolution, welche das Berner Schandurteil als einen Akt brutalen Klassenhaßes und Kapitalgeizismus bezeichnet, wurde einstimmig angenommen.

Zweiter Parteitag der rumänischen Sozialdemokratie.

Am 2., 3. und 4. Mai tagte in Bukarest der zweite Parteitag der rumänischen Sozialdemokratie, er war von 15 Organisationen besetzt und zählte 93 Delegierte (gegen 69 beim vorigjährigen). Der Pariser Klub, welcher für Rumänien so manchen tüchtigen Genossen erworben und erzogen hat, sandte zwei Delegierte, und der „Deutsche Arbeiterklub“ Bukarest einen.

Hatte sich schon bei dem ersten Kongress die rumänische Partei organisiert, so konnte es sich erst bei diesem zweiten zeigen, was für Früchte diese Organisation tragen wird. Und die rumänische Partei kann mit diesen Früchten zufrieden sein; schon die Besichtigung des Kongresses genügt, um dies zu beweisen. Die Partei hatte im Laufe des vergangenen Jahres mehrere Erfolge zu verzeichnen, unter denen die Durchführung und Befestigung einiger Streiks in erster Reihe zu zählen sind. — Auf der Tagesordnung standen dieses Mal: 1. Allgemeines Wahlrecht — Referendum — Imperativ- und widerrufliches Mandat. 2. Referendum für die Gemeinden. 3. Propaganda auf dem Lande. 4. Organisation der Klubs. 5. Raiffeier. 6. Konsumvereine. 7. Parteipresse. 8. Umänderung der Wahlordnung für den Generalrat. 9. Wahl des Generalrates.

Die Diskussionen wurden durchaus sachlich geführt, und ein so sehr von den Bourgeois ersehnter Streit trat nicht ein. Es zeigte sich, daß wenn man auch in einzelnen Punkten von minderer Bedeutung auseinanderging, doch im großen und ganzen die Genossen das Ziel, dem sie entgegengehen, kennen, und begreifen, daß sie sich von diesem Ziele nicht durch kleinliche Händereien ablenken lassen dürfen. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde ein Vorschlag des Genossen Morzuan angenommen, welcher bestimmt: 1. Es soll eine Broschüre in 20 000 Exemplaren auf dem Lande verbreitet werden, in welcher die Bevölkerung über den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts aufgeklärt werde; 2. Versammlungen in den Bezirkshauptstädten sollen veranstaltet werden, und in ihnen über das allgemeine Wahlrecht diskutiert werden; 3. an die Kammer petitionieren, daß sie das allgemeine Wahlrecht und das Prinzip der Minoritätsvertretung in die Landesverfassung aufnehme; 4. sowohl keine moralische als auch keine materielle Unterstützung den gegnerischen Parteien gewähren, falls sie nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten; 5. es werden sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt überall da, wo Aussicht vorhanden ist, eine größere Stimmenzahl zu erreichen. Ausnahmen sollen nur gemacht werden, wenn einer der Kandidaten das allgemeine Wahlrecht in seinem Wahlmanifest aufnimmt.

Die anderen Forderungen unter 1 und diejenigen unter 2 werden von der Tagesordnung abgesetzt, da man nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit Erfolg für sie eintreten kann. Zu Punkt 3 wird eine vom Genossen Morzuan vorgeschlagene Motion angenommen, welche dahin lautet, daß der Kongress alle Klubs anseiert, auf den Dörfern Bauerngewerkschaften zu bilden, welche mit diesen gut organisierten Klubs in Zusammenhang stehen, und die neben der Verbreitung sozialistischer Gedanken auch die gegenseitige Hilfe der Mitglieder bezwecken sollen. Der Generalrat wird beauftragt, Statuten für die Moldau und Walachei diesbezüglich auszuarbeiten. Es wurde beschlossen, daß 5 pSt. der Einkünfte der Provinzialklubs der Zentralkasse zuzuwenden sind. Eine Resolution, welche vom Genossen Balabasa eingebracht wurde und die gegen die Barbarei des Militarismus protestierte, wurde ebenfalls angenommen.

Zu Punkt 5 wurde beschlossen, sich möglichst an den Beschlüssen des Züricher Kongresses zu halten. Punkt 6 wurde für den künftigen Parteitag vertagt. Zu Punkt 7 beschloß der Parteitag, die „Munca“ in ein täglich erscheinendes Organ zu verwandeln, und daß für die jüdische Bevölkerung Broschüren im Jargon herbeigeholt oder selbst veröffentlicht werden. Es wird ferner beschlossen, einen Auszug der Verhandlungen des Kongresses in französischer Sprache erscheinen zu lassen, damit er den Schweizerparteiern zugänglich wird.

Zu Punkt 8 wird beschlossen, statt 5 7 Mitglieder in den Generalrat zu wählen.

Zu Punkt 9, Wahl des Generalrates, beschloß der Parteitag, den Generalrat wiederzuwählen, und es werden also gewählt: Morzuan, Mille, Nadejde, Radovici, Balabasa (früherer Generalrat), Jonescu, Filotti.

Der Parteitag schloß mit einem Kommerz, nachdem vorher beschlossen wurde, den nächsten Parteitag am 3. Oktoberfesttag 1895 stattfinden zu lassen.

Der ungarische sozialdemokratische Kongress beschloß eine Resolution zu gunsten des allgemeinen, geheimen Wahlrechts, sowie des brüderlichen, solidarischen Zusammengehens der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter. Der Parteitag erklärte ferner, sich bemüht zu sein, daß die Lösung der Landarbeiterfrage nur durch die Umwandlung des Privatbesitzes an Grund und Boden in Gemeingut erfolgen könne. Dies sei indessen nur zu gleicher Zeit mit der Verstaatlichung der Industrie unter demokratischer Verwaltung zu errögen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Aachen unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten mit wenigen Stimmen den Gegnern.

Der Bierbofott in Braunschweig ist außer über die Jürgens'sche Brauerei auch noch auf die National-Brauerei ausgedehnt worden. Durch den Beschluß des dortigen Ringes sind gegen 500 Arbeiter (bürgerliche Blätter sprechen von 700) broilos geworden. Wie in Berlin, so haben sich auch in Braunschweig eine Anzahl „Gutgefünster“ (es waren meist Kutcher) gefunden, die in einer Versammlung sich mißbilligend über das Vorgehen der Brauer und der übrigen Arbeiter ausgesprochen haben. In einer am Pfingstsonntag stattgefundenen Volksversammlung wurde eine Kommission gewählt, die sich mit dem Ring in Verbindung setzen soll.

Das Zentralkomitee des schweizerischen Ortsvereins beschäftigt in Gemeinschaft mit dem schweizerischen sozialdemokratischen Parteimittee eine Broschüre herauszugeben, in der die Justizkomödie in Bern einer Kritik unterzogen werden soll.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Essentielle Kollekte.** Zwei Genossen in Grätz waren mit Strafmandaten in der Höhe von je 8 M. bestraft worden, weil sie auf einer noch im vorigen Jahre stattgefundenen Versammlung, ein freiwilliges Entree in Empfang genommen hatten. Die Behörde hatte darin die Veranstaltung einer Kollekte ohne polizeiliche Erlaubnis erblickt. Die beiden Genossen hatten Einspruch erhoben, da nach ihrer Ansicht die landbräuhliche Verordnung über das Kollektieren ungültig sei, weil derartige Verordnungen zur Kompetenz des Oberpräsidenten gehören. Die Oberfelder Strafkammer (Dreierichter-Abteilung) verwor jedoch den Einspruch, da für den Umfang des Kreises unter Umständen auch der Landrat's Verordnungen über Kollekten erlassen könne.

Genosse Hülle, der gegenwärtig eine dreimonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, stand am Donnerstag vor der Strafkammer zu Meinungen unter der Anklage, den Tischler A. Müller zur Majestätsbeleidigung angestiftet zu haben. Die Sache wurde auf den 31. Mai vertagt, behufs Ladung des Tischlers Müller. Dem Genossen Hülle war zur Wahrnehmung des Termins eine dreitägige Strafunterbrechung bewilligt worden.

— **Der gleiche Majestätsbeleidigung,** wegen der F. J. der Genosse Peus verurteilt worden war, wurde auch der Genosse Hülle-Erfurt angeklagt. Hülle hatte nämlich die Kennerung des Peus im Prozeßbericht wörtlich

wiedergegeben. Die Erfurter Strafkammer hat jedoch ein freisprechendes Urteil gefällt, weil es nicht erwiesen ist, daß sich die Kennerungen auf den König von Preußen beziehen. Der Erfurter Staatsanwalt hatte gegen die Freisprechung Hülle's Revision eingelegt, mit der Begründung, es seien die Könige überhaupt, also auch der König von Preußen beleidigt. Das Reichsgericht hat aber diese Revision für unbegründet erklärt, so daß Hülle's Freisprechung nunmehr endgültig feststeht. Gegen Peus selber hatte das Reichsgericht die Begleichung auf den König von Preußen bejaht. Wo ist nun die Wahrheit?

— **Störung des Gottesdienstes** sollte der Bergmann H. Steinmann aus Badol dadurch begangen haben, daß er einen Kranz auf das Grab des bei der Katastrophe auf „Kaiserstuhl“ verunglückten Bergmanns Götting mit den Worten niederlegte: Im Namen des deutschen Bergarbeiter-Verbandes lege ich diesen Kranz auf das Grab“, während der Pastor Brücker nach vollendeter Predigt den Leidtragenden Trost in Form von Bibelsprüchen zu spenden suchte. Da der Herr Pastor vor Gericht behauptet, daß Steinmann wohl nur aus Uebereifer gelangt, auch nicht laut gesprochen habe, so wurde der Angeklagte freigesprochen. Derselbe hatte sich für nichtschuldig erklärt und gesagt, daß er nicht Sozialdemokrat sei. Kam denn die politische Uebergangung bei dieser Sache überhaupt in Betracht?

Soziale Ueberlicht.

Ohne Zwischenunternehmer zu berücksichtigen, hat der französische Kriegsminister die Lieferung von Militärkleidern im Werte von 1 600 000 Fr. den organisierten Schuhmachern von Bourgo übertragen. Während in Deutschland das elende Submissionswesen den Arbeitslohn auf das tiefste Niveau herabdrückt und dabei einer Anzahl Zwischenhände respektabeln Gewinn bringt, verschafft der vom französischen Kriegsminister angewandte Modus den Arbeitern einen leidlichen Arbeitslohn, ohne dem Staate mehr Kosten zu machen.

Die Zeit der Kongresse beginnt! Auch die christlichen Studenten wollen davon nicht absehen. Am 18. Mai beginnen die Verhandlungen des Kongresses christlicher Studenten in Frankfurt a. M. Unter anderem wird auch der bekannte Pfarrer Raumann über: „Der Student im Verlebe mit den verschiedenen Volksschichten“ sprechen. Im letzten Punkt der Tagesordnung soll behandelt werden: Das akademische Studium und der Kampf um die Weltanschauung.

Der Kongress der Handels-Hilfsarbeiter Deutschlands, welcher vom 13. bis 15. Mai in Halle tagte, war von 88 Delegierten besetzt. Außerdem war ein Vertreter der General-Kommission und Kaffler-Berlin als Vertreter der Agitations-Kommission anwesend. Die Agitationskommission berichtet, daß sie seit dem 11. September 1892 bis 9. Mai 1894 1002,58 M. eingenommen, wovon 759,52 M. für Agitation verwendet worden sind. Dem Kassirer wird Decharge erteilt. Aus dem von Dreher-Berlin gegebenen Situationsbericht ist zu ersehen, daß die Organisation erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Trennung von den Handlungsgehilfen in bezug auf Agitation und Presse habe sehr gute Früchte getragen. Neue Berufsvereine, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, wurden gegründet in Halle, Elbing, Magdeburg, Hannover, München, Heidelberg, Gießen, Kiel, ferner der Düsseldorferverein für unsere Sache gewonnen. Ferner bestehen in Deutschland 33 Berufsvereine, welche der Harmonieduselet huldigen. Flugblätter wurden in einer Auflage von 15 000 Exemplaren verteilt. Die Kommission hielt 112 Sitzungen ab und erledigte 1081 Schriftstücke. Außerdem wurden vier große Agitationstouren nach allen Richtungen unternommen.

In diesen Bericht knüpft sich eine längere Diskussion, in welcher besonders die verschiedenartigen Schwierigkeiten, welche der Organisation und Agitation speziell der Handels-Hilfsarbeiter entgegenstehen, erörtert werden. Folgende Resolution findet einstimmige Annahme:

Die Delegierten erklären ihr Einverständnis mit dem Bericht der Agitationskommission. Die Delegierten billigen im besonderen die Trennung der Agitation von der der Handlungsgehilfen, da erst mit diesem Augenblick eine intensive Agitation entfaltet werden konnte.

Der Dank auf der einen, der Kampfegeist auf der anderen Seite veranlaßt den Kongress zu beschließen, unabhängig von der Art und Form der Organisation zunächst auch in der Folge die Branchenangation zu fördern.

Eine längere, aber recht sachlich geführte Debatte ruft die Organisationsfrage hervor. Von den 7 zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Resolutionen (and die nachstehende einstimmige Annahme:

Zu Erwägung, daß es Pflicht aller zielbewußten Arbeiter sein muß, ihre Kollegen zum Klassenbewußtsein zu erziehen.

Zu fernerer Erwägung, daß es den im Handelsgewerbe beschäftigten Personen infolge ihrer besonders mühsamen Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit fast unmöglich gemacht wird, sich die zum Klassenkampf nötige politische und ökonomische Aufklärung durch Eintritt in politische oder sonstige Bildungsvereine zu verschaffen, so daß ihnen die Gewerkschaft nach jeder Richtung hin Ersatz dafür bieten muß.

Zu Erwägung endlich, daß die Forderungen der Handels-Hilfsarbeiter fast ausnahmslos nur auf politischem Wege, das heißt durch Gesetze zu erreichen sind, müssen die Vereine der Handels-Hilfsarbeiter in die Lage versetzt sein, in ihren Versammlungen nicht einseitig gewerkschaftlich, sondern nach beiden Richtungen hin tätig sein zu können.

Außerdem ist zu erwägen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Städten so verschieden sind, daß die Mitgliederbeiträge so differieren, auf daß es nicht rathsam erscheint, durch tiefgehende Umformung in die erst in den Anfangsstadien stehende Entwicklung führend einzugreifen.

Durch alle diese Erwägungen geleitet beschloß der Kongress: ad I. Vorkaufs die losse Zentralisation, durch Vertrauensmännersystem beizubehalten.

ad II. Um eine statutarische Zentralisation in die Wege zu leiten, sind die Kollegen allerorts verpflichtet, für eine einheitliche Organisation aller Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe als Hausdiener, Geschäftsdiener, Boten, Kutcher, Expeditionsarbeiter, Getreidebräuer, Packer, Ausgeber, Haushälter, Marktbesitzer, Kellerarbeiter und die dem örtlichen Verhältnis entsprechend verwandten Berufe einzutreten.

ad III. Durch die Vertrauensmänner für möglichst einheitliche statutarische Bestimmungen und Höhe der Beiträge und Unterstufungen u. s. w. zu sorgen.

ad IV. Der Kongress beschloß: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzuerkennen, fordert von derselben die weitgehendste Unterstufung bei der Organisation der Handels-Hilfsarbeiter und verlangt andererseits von den organisierten Kollegen moralische und materielle Unterstufung der Generalkommission.

ad V. Ferner beschloß der Kongress: Um die ad II—III gefaßten Beschlüsse verwirklicht zu können und in weiterer Erwägung, daß auch die im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung getroffene Bestimmung (Koalitionsfreiheit) durch die verschiedenen Landesgesetze (Vereins- und Versammlungsrecht betreffend) den Arbeitern illusorisch gemacht wird, von den gesetzgebenden Faktoren die Aufhebung aller Vereins- und Versammlungsgeetze zu fordern.

Lokales.

Der von Herrn Köfide geführte Brauerring hat die Eröffnung am 15. Mai zwanzig Prozent der organisierten Arbeiter auszusperren, wahrgemacht. Bis Mittwoch Abend 7 Uhr sind insgesamt etwa 250 organisierte Arbeiter aus den Brauereien entlassen worden. Die Arbeiterschaft nimmt natürlich den Kampf auf, der ihr von dem Ring der Brauereibesitzer in frivolster Weise aufgedrängt worden ist. Wissen die Arbeiter doch, daß nicht sie, sondern die kleinen Kapitalisten, die sich in ihrer Verblendung für die Zwecke des Herrn Köfide gebrauchen lassen, das Opfer dieses Kampfes sein werden.

Die Großen brechen den Kleinen den Hals. Die Wahrheit dieses Sprichwortes tritt angefaßt der Brauereiauspernung wieder recht anschaulich zu Tage. Wo Herr Köfide für das Ganze eifrig wirkt, da dem er natürlich auch die Fürsorge für das eigene Unternehmen, das er mit Sachkenntnis vorsteht, nicht außer Acht lassen. Und daß er es mit dieser Fürsorge sehr ernst nimmt, geht aus der Thatsache hervor, daß er in Voraussicht dessen, was da seinem Willen nach kommen sollte, auf dem deutschen Fachmarkt derart umfassende Einkäufe vorgenommen hat, daß der Bedarf für seine Brauerei auf mindestens vier Monate hinaus gedeckt ist. Das die kleinen Konkurrenten, die Arm in Arm mit dem Direktor der Schultheiß-Brauerei ihre Arbeiter maßregeln, nach diesem mit dem besten Willen keine Häcker mehr bekommen können, ist für sie zwar sehr unangenehm, aber desto vorteilhafter für den Betrieb des Herrn Köfide. Die kleineren Brauereien, die sich hoch und heilig an ihn gebunden haben, kommen durch die Auspernung ihrer Arbeiter natürlich in die unangenehme Lage, daß sie bald nicht wissen, wie sie ihre Häcker reparieren sollen, aber was will das sagen? Das Prinzip, die Autorität muß der aufstrebenden Arbeiterschaft gegenüber als unvertehrlich aufrecht erhalten werden und sollte die Brauerei, das ganze Unternehmen darob zu Grunde gehen! Mag Herr Köfide als lachender Erbe den Vortheil einheimen, was thut's? Die kleinen Brauereien wollen man einmal schneller als auf dem natürlichen Wege kapores gehen, sei es also drum. Sie werden für das unverdächtige Ideal der Autorität und Herr Köfide ebet pietätvoll ihr Andenken durch immerhin Vergrößerung seines Betriebes. Ob den kleinen Brauereibesitzern, die gegenwärtig mit frühlichem Wagemuth unter der Führung des Schultheiß-Brauerei-Direktors in den Kampf ziehen, ob dieser verlockenden Aussicht doch nicht ein gelindes Grausen überkommt?

Wie man Arbeiter entläßt. Unter aufsehenerregenden Umständen vollzog sich am Mittwoch die Maßregelung der von der Direktion der Niddorfer Brauerei auf die Prospektionsliste gesetzten Arbeiter. Mittags 12 Uhr wurden etwa 25 Mann in das Bureau der Brauerei berufen, wo man ihnen, soweit sie auf Kündigung Anspruch zu machen hatten, den schuldigen Lohn für 14 Tage auszahlte und ihnen dann erklärte, daß sie entlassen seien. Die gemahregelten Arbeiter waren dementsprechend aus der Brauerei nicht wenig erschauert, als sie bemerkten, daß die Geschäftsleitung aus einem nicht ersichtlichen Grunde etwa vier Gendarmen in einem Schuppen placiert hatte. Ob diese Leute bestimmt waren, Leib und Leben der verehrlichen Direktion gegen Angriffe von Seiten der gemahregelten Arbeiter zu sichern, war nicht zu erfahren, aber was sollte diese ostentative Aufstellung schließlich anders bedeuten? Eine derartige Sicherung hielt man geboten gegenüber Arbeitern, die zum Theil sechs Jahre hindurch und länger sich von der Brauerei hatten arbeitslos lassen und gegen deren Führung die Direktion bis dahin auch nicht das Geringste vorbringen konnte. Muß eine derartige thörichte Maßregel in den Augen eines jeden Menschen nicht den Aufsehn erwecken, als ob es auf eine Provokation abgesehen sei? Auch eine derartige Maßregel vor allem angefaßt des Umstandes, daß die Direktion sich gerade die ältesten Arbeiter zur Maßregelung ausgesucht und die jüngeren in Arbeit gehalten hat, nicht geradezu empörend wirken? Und eine Gesellschaft, welche sich die öffentlichen Sicherheitsbeamten zu einem derartigen Geschäft anbietet, mag es in allem Ernst, sich vor dem Publikum als Hüterin der Sittlichkeit und der Ordnung hinstellen und die jahrelang von ihr ausgeübten Arbeiter als Personen zu verdächtigen, die es auf Störung der Ordnung abgesehen hätten. Wirklich, herrlicher hätte sich kaum der Geist der Harmonie offenbaren können, der von dem Wacker des Ganzen, dem Herrn Köfide ausgehend, sich den von ihm Geleitbammelten angeheftet hat. Niedlicher kann sich übrigens auch kaum der Staat der Sozialreform im Wille darstellen, als durch die Gendarmen, die auf etwa aus dem Suchhause entlassene Spitzbuben vor sich hätten.

In der Maßregelungsangelegenheit erhalten wir folgende Zuschrift: Auf die Erreuerklärung der Lohnkommission des böhmischen Brauhauses fühlt sich die Lohnkommission der Berliner Wärtcher veranlaßt, folgendes zu erklären: Wichtig ist es, daß die Wärtcher der Lohnkommission mehr verdienen, als wir nach unserem Tarif fordern, aber frage nur Niemand, unter welchen Verhältnissen der sogenannte hohe Lohn erworben werden muß. Es ist notorisch, daß die Kollegen, die aus dieser Brauerei beschäftigt sind, zum Theil in übermenschlicher Arbeit gerade noch einmal soviel leisten müssen, als von einem Arbeiter unter den gewöhnlich nicht idyllischen normalen Verhältnissen verlangt wird. Statt, wie es sich für pflichtbewußte Arbeiter gebührt, ihren arbeitslosen Kollegen ein Plätzchen einzuräumen, richten die Herren lieber ihren Körper vor der Zeit zu Grunde. Von einem höheren Arbeitsverdienst kann also an sich, wie unter den Kollegen unbekannt, im böhmischen Brauhause in keiner Weise die Rede sein.

Die Lohnkommission der Wärtcher Berlins.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend erklärt in den Morgenblättern vom Mittwoch eine breitspurige Erklärung über seine Lammleinschuld in dem Kampf, den er der Arbeiterschaft aufgedrängt hat. In der seltenen Annonce würde uns, da sie im ganzen nur das enthält, was jedermann in den letzten Tagen erwartete, kaum etwas interessieren, wenn in sie nicht der Vorwärts in einer sehr gewundenen Manier, der man sowohl das böse Gewissen, als die schätzbare Absicht anmerkte, hineingezogen wäre.

Da der vorgenannte Ausschuss erklärt hat, so heißt es in der Anzeige, daß die Berliner Gewerkschaften dem über die Vereinsbrauerei zu Niddorf verhängten Boykott fernstehen, hoffen die unterzeichneten Brauereien, daß der Streik eine weitere Ausdehnung nicht erfahren wird, was um so weniger der Fall sein würde, wenn der Vorwärts, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, aufhört, durch Hinweife auf jenen Beschluß der Niddorfer Versammlung sich mit den Erklärungen der Berliner Gewerkschaftskommission in Widerspruch zu setzen.

Gegenüber dieser Erklärung konstatieren wir nur, daß der Vorwärts, wie unsere Leser sich befinden, in der ganzen Frage sich im vollen Einverständnis sowohl mit der Gewerkschaftskommission, als mit der gesammten Arbeiterschaft durchaus auf neutraler Boden bewegt hat. Über etwas anderes anzusprechen, beweist einfach, daß es ihm zur Förderung seiner Absicht auch nicht auf eine Entstellung der Thatsachen und auf eine jauchende Lüge ankommt.

Häufige oder? Unter der Erklärung, welche der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend gestern in einer Anzahl Berliner Blätter veröffentlicht und in der die Herren Wärtcher verkündigen, daß es ihnen beliebt habe, 20 Pct. ihrer Arbeiter auf das Pflaster zu setzen, in der löblichen Absicht, diese Proletarier dafür hungern zu lassen, daß die Wärtcher sich erlaubt haben, den Weltfriedtag der Arbeiter zu feiern, befindet sich auch die Unterschrift des

Brauereibesitzers F. W. Hoffmann in Werder a. d. O. Dieser Herr hat nun der Agitationskommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter gegenüber folgende Erklärung abgegeben: Mit meiner Namensunterschrift erkläre ich, daß ich dem Brauerring der Berliner Brauereien als Mitglied nicht angethöre, da ich keinen Wechsel in Höhe von 10 000 M. unterschrieben habe. Auch erkläre ich, daß ich mit dem Vorgehen des Brauerings in keiner Weise einverstanden bin. Berlin, den 16. Mai 1894.

F. W. Hoffmann, Werder a. d. O. Angesichts dieser Erklärung ist wohl die Frage erlaubt: wie kam das Herr Hoffmann Unterschrift unter das Nachwort der Herren vom Ring? Siegt hier eine Fälschung vor, oder über die Herrn Köfide, Sieppold u. Gen. jenen Terrorismus, dessen sie die ausgeschlossenen Arbeiter fälschlich beschuldigten, gegen ihren kapitalischschwächeren Kollegen in der Praxis aus?

Das Projekt der Errichtung eines zweiten Rath-hauses, das als vorläufig abgethan galt, ist wohl von neuem auf der Bildfläche erschienen. Es heißt, daß der Magistrat den geforderten genaueren Nachweis, das ein dringendes Bedürfnis zur Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes vorliegt, führen werde. Gleichzeitig sucht der Grundstücksvermittler Oswald Schneider, der im vorigen Jahre dem Magistrat die Grundstücke an der Stralauerstraße zwischen der Kleinen Stralauerstraße und Neue Friedrichstraße anbot und dabei die Kleinigkeit von 50 000 Mark als Vermittlergebühr einzuklecken gedachte, durch ein ellenlanges Zeitungsinserat zu beweisen, daß sein Vauterrain unter den vier am meisten in Frage kommenden wirklich das geeignetste und billigste sei. Von den zahlreichen Vorzügen, die er diesem Terrain nachrühmt, sind einige so sehr an den Haaren herbeigezogen, daß ihre Mitanzahl beinahe komisch wirkt. Seine ganze Auseinandersetzung beweist eigentlich nur das Eine klar und deutlich: daß Herr Schneider und seine Auftraggeber ein ganz außerordentlich großes Interesse daran haben müssen, ihre Grundstücke zu dem gedachten Zweck angekauft zu sehen. In den Vordergrund wird in dem Schneider'schen Inserat (und wurde auch in der im Oktober 1893 abgelehnten diesbezüglichen Magistratsvorlage) die Uferstraße gerückt, die bei dieser Gelegenheit zwischen Mühlenstamm und Weisenbrücke bequem angelegt werden könne. Sie soll im Interesse der Schiffahrt dringend erforderlich sein und soll sich auch der Sympathie der gesammten Bevölkerung Berlins erfreuen. Die meisten Sympathie haben dieser Uferstraße, die im übrigen für die Schiffahrt wirklich notwendig sein mag, von Anfang an die Besitzer der Grundstücke an der Stralauerstraße entgegengebracht. Sie haben auch bereits im Jahre 1891 in einer an den Magistrat gerichteten Eingabe erklärt, daß ein Theil von ihnen bereit sei, das zur Anlage der Uferstraße erforderliche, ihnen gehörende unbebaute Terrain kostenfrei abzutreten, und daß ein anderer Theil, von deren Grundstücken Terrain nicht gebraucht werden würde, zu deren Kosten beitragen wolle. Auf dieser Bereitwilligkeit, die der Magistrat von ersteren Grundstücksbesitzern sonst nicht gerade gewöhnt ist, kann man erkennen, daß die Besitzer aus der Stralauerstraße die Anlage der Uferstraße wohl als in erster Linie in ihrem Interesse liegend ansahen und ein Geschäft dabei zu machen hofften. Ein Geschäft hoffen sie auch durch die Errichtung des zweiten Rathhauses auf ihren Grundstücken zu machen. Da die Uferstraße vorläufig nicht zu Stande gekommen ist, so denken sie den ihnen entgangenen Profit jetzt um so reicher einzubringen. Der Vermittler hat bereits im Oktober 1893 freiwillig auf die vom Magistrat geforderte Provision verzichtet. Natürlich wird sie ihm nun von den Besitzern aus ihrem Verdienst gezahlt werden. Das zeigt klar, wie glänzend das Geschäft wäre, das die Herren machen möchten.

Königlich preussische Sparsamkeit. Durch verschiedene Blätter läuft die Nachricht, daß man sowohl bei der Justizbehörde als auch im Eisenbahnbetriebe Ermittlungen anstelle, auf welche Weise Ersparnisse im Schreibwerk herbeizuführen seien. So sehr auch unser ganzes Staatswesen an einem übergroßen und oft beklagten Bureaunkrautismus leidet, der ganz von selbst eine Unmenge überflüssiger Schreibarbeit mit sich bringt, so bezweifeln wir doch, daß diese Ermittlungen Erfolg haben, ohne daß man den Bureaunkrautismus selbst beseitigt. Betrachtet man beispielsweise die verhältnismäßig geringe Aufwendung von Schreibarbeit bei den nicht ganz so stark mit dem preussischen Joop versehenen Gewerbegerichten gegenüber den Amtsgerichten mit ihrem zahllosen Heer von Diakonen, Kanzlisten u., so dürfte für sprachlose Minister ein ausgezeichneter Fingerzeig gegeben sein, auf welchem Wege unüthigem Schreibwerk wenigstens theilweise ein Ende gemacht werden könnte. Man gestalte alle Staatsinstitutionen etwas vollkommener und beseitige den Bureaunkrautismus. Im übrigen aber setzen wir gelindes Zweifel darin, daß die Justizbehörde die Verminderung des Schreibwerks beabsichtigt. Denn eine Ersparnis würde dadurch nicht erzielt, wohl aber eine Verärgerung der Einnahmen. Schon vielfach ist von uns über die außerordentlich geringe Bezahlung der Lohnschreiber bei den Gerichten gesagt worden. Die Arbeitszeit derselben beträgt nominell ja allerdings nur acht Stunden; in Wirklichkeit sitzen diese königlichen Beamten aber 16-18 Stunden bei der Arbeit. Und trotz alledem verdienen dieselben nicht soviel, um auch nur eine einigermaßen erträgliche Existenz sich verschaffen zu können. Der durchschnittliche Alltagslohn für diese Arbeiter beträgt 5-6 Pf. pro Schicht, während die Justizbehörde von dem recht suchenden Publikum 10 Pf. einzieht. Wenn die bei den Gerichten Beschäftigten an Schreiblohn verurteilte Summe jährlich sechs Millionen Mark beträgt, so kommt aus dem wirklichen Einnahmen für den Fiskus trotzdem noch ein ganz erklecklicher Ueberschuss heraus. Von einer Aufbesserung der Löhne der Justiz-Unterbeamten hört man dahingegen nichts. Man braucht sich nur eine einzelne Nummer der Wälzengasse für Militär-Anwärter anzusehen und sofort wird der Raie, der ein derartiges Blatt noch nicht in der Hand gehabt hat, erstarren über die Lohnhöhe der dort angebotenen Stellen. Monatsgehälter von 30-50 M. für Kanzlistenstellen bei Gerichten und anderen Behörden sind durchaus keine Seltenheiten. Die Justizbehörden sollten einmal ernstlich Hand an diese Wunden ihres eigenen Körpers legen, dies würde vorläufig wenigstens ebenso menschenfreundlich sein als eine Verminderung des Schreibwerks, die uns natürlich auch am Plage erscheint. Daß die Eisenbahnbehörden von einer wahren Sparwuth befehen, ist ja eine altbekannte Thatsache. Kann ein Militär-Anwärter eingestellt werden, so erklärt man sehr gern dafür andere Arbeiter. Wenn nun diese Behörde ebenfalls eine Verminderung der Schreibarbeit, aus welcher ihre direkte Einnahmen zullehen, beabsichtigt, so ist dies nur eine notwendige Konsequenz der bereits von ihr seit langer Zeit begonnenen Arbeiterentlassungen. Auch die Verminderung des Schreibwerks muß eine Entlassung vieler Bureau-Arbeiter zur Folge haben. So wird auch diese Arbeiterkategorie am Ende auch noch die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an ihrem eigenen Leibe in unerfreulicher Weise fühlen lernen.

Ein Leichenbegängniß, an dem sich einige tausend Parteigenossen beteiligten, wurde am Dienstag dem vor einigen Tagen verstorbenen Restaurateur, früheren Lehrer der Karl Herrath, zu Theil. Herrath war seit längerer Zeit in der Partei wie in der Bewegung als eifriges Mitglied thätig und genoss in seinem Kreise als ein Mann auch vieler, so doch einiger Genosse das vollste Vertrauen. Der Wahlverein des II. Wahlkreises, sowie der Verein zur Wahrung der Interessen der Galt- und Schankwirthe legten prächtige Kranzspenden auf dem Grabe des Toten nieder und der Verein „Kreuzberger Harmonie“ gab durch entsprechende Gesangsbeiträge der Würdigen verlaufenden Leichenfeier eine erhebende Weihe. Die Parteigenossen werden das Andenken des Verstorbenen in hohen Ehren halten.

Ein eigenthümliches Manöver betreibt zur Zeit ein Schriftsteller, Namens Paul Elsel. Dieser Herr stellt sich den Inhabern größerer Vergnügungsorte als der Beauftragte des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer vor und giebt an, daß der Verein das betreffende Lokal zu einer größeren Festschlichtung zu mieten gedenke. Natürlich reißt er bei dieser Gelegenheit ganz gehörig auf die Taschen der Wirthe. Der Verein warnt vor diesem Manne und giebt bekannt, daß nur seine geschäftsführenden Mitglieder, die Herren Huth, Stöfel und Siewert zu Abmachungen betreffs Festschlichtungen berechtigt sind. Auch ist es der Buchdruckerorganisation erwünscht, daß die Wirthe, bei denen andere Personen in ihrem Namen ansprechen, sie schleunigst per Telephon Amt IV, Nr. 424, benachrichtigen.

Von der Reklame. In der Sonntagnummer der „Postischen Zeitung“ sucht wieder einmal ein leider nicht mit der Firma „genanntes Toilette-Artikel-Großgeschäft, das als Spezialität „Artikel für die Haarpflege“ führt, eine junge Dame, die ganz besonders starkes und langes eigenes Haar besitzt. Die Offerten der Bewerberinnen sollen sogar „nähere Angaben über die Stärke und Länge des Haares“ enthalten. Das Inserat legt die Vermuthung nahe, daß der Inserent seine Kunden annehmen lassen möchte, die junge Dame verdanke ihr prächtiges langes Haar den von ihm verkauften, dem Haarwuchs prächtig befördernden Oelen und Salben. Auf andere Weise können wir uns wenigstens die Bosheit des guten Mannes für langhaarige junge Damen nicht erklären. Solche Auswüchse sind eine Folge der freien Konkurrenz, die in der Regel nicht dem Tüchtigsten zum Erfolge verhilft, sondern demjenigen, welcher am lautesten zu schreien und am dreiftesten zu schwätzen vermag.

Gewaltige Zahlen sind es, welche den während der Pfingstfeiertage auf der Stadt- und Ringbahn staitgehabten Personenverkehr kennzeichnen. Am Montag, dem zweiten Pfingstfeiertage, wurden an den Schaltern des Schlesischen Bahnhofes 88 000 Fahrkarten, am Bahnhof Zammowstraße 21 000 Billets verkauft. Von Station Alexanderplatz aus wurden 37 000, von Bahnhof Börse 22 000, von der Friedrichstraße 40 000 Personen befördert, ausschließlich derjenigen Passagiere, welche sich im Besitz von Zeitkarten befanden. Auf der Stadt- und Ringbahn werden an jenem Tage etwa 800 000 Personen befördert worden sein. Zur Bewältigung des Stadtbahnverkehrs waren 110 Lokomotiven von Morgens 5 Uhr bis Nachts 2 Uhr im Betriebe, dem welche Zeit der letzte Zug aus Johannisthal einließ. Aus dem Verkehrsverkehre liegen uns folgende Zahlen vor: Nach Wannsee wurden am zweiten Feiertage 23 000 Personen, nach Grinow 27 000, nach Friedrichshagen 17 800, nach Sadowa und Erlener 26 000 Personen befördert. Die Potsdamer Bahn wies an den beiden Feiertagen eine Beförderung von 88 000 Personen nach den westlichen Vororten auf; nach den Vororten der Nordbahn wurden an den Schaltern der Stettiner und Nordbahn während der drei Feiertage ca. 60 000 Billets verkauft. Es wird nicht zu hoch gehalten sein, wenn man die Zahl der Pfingstausflügler auf eine halbe Million schätzt.

Kuppler oder Schwindler? Dreihundert hübsche junge Damen sollen nach hiesigen Blättern gesucht worden sein, um sie nach Holland zu unlauteeren Zwecken zu bringen. Dazu wird uns von maßgebender Seite folgendes mitgeteilt: Nach einer Ankündigung wurden die hübschen Damen für einen Festzug in Antwerpen gesucht. Ihnen waren monatlich je 200 Gulden und Ertrag der Reisekosten versprochen. Den Meldungen sollten Photographien und je 20 Pf. für Rücksendungsporto beigefügt werden. Aufgeber der Ankündigung ist der hiesige Kaufmann Jakob K., wie hier ermittelt worden ist, der sich in der Zeitungs-Expedition fälschlich Kremer genannt hatte. K. will zufällig einen Mann getroffen haben, der sich ihm gegenüber Kremer genannt habe und Neue Wilhelmstr. 2 wohnen wolle. Von diesem sei er unter dem Versprechen einer Belohnung von 500 M. aufgefordert worden, ihm die hübschen jungen Mädchen für die Ausstellung zu verschaffen. Die Angaben sind aber falsch; denn der angebliche Auftraggeber Kremer ist in dem bezeichneten Hause nicht zu ermitteln. Das es bezüglich der Mädchen auf eine Vortupplung abgesehen gewesen ist, läßt sich als ausgeschlossen nicht bezeichnen; doch dürfte die Annahme, daß Jakob K. sich nur in den Besitz der 20 Pf. und vielleicht auch der Bilder setzen wollte, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen können. Abzuzugewöhnen haben sich 21 junge Mädchen für hübsch genug gehalten für die Ausstellung und ihre Bilder mit je 20 Pf. eingekauft.

Ein räthselhafter Selbstmord wird aus einem im Norden Berlins belegenen Gasthose gemeldet. Am 13. d. M. Abends lebte daselbst eine etwa 23jährige Dame ein, die einen schwarzen Strohhut mit schwarzen Federn, gelbe Schuhe, ein braunes Kleid, einen schwarzen Schulterumfang trug, große braune Augen und äppiges dunkles Haar in einer flechte zusammengehalten trug. In das Fremdenbuch schrieb sie sich als Pauline Seelbinder aus Bremen ein, lebte sehr zurückgezogen und zeigte gegen Aufwärtiges in ihrem Auftreten. Am Dienstag Nachmittag gegen 6 Uhr wachte aus dem Zimmer ein Schuß, und die Hotelbedienten fanden das Mädchen, nur mit einem blauen Unterrock und einem spitzenbesetzten Hemd bekleidet, tot auf dem Fußboden liegen. Die Fremde hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in das Herz gejagt. Auf dem Tische hatte sie einen Zettel zurückgelassen, auf dem die mit einem angebrannten Streichholz gekritzelten Worte „Augusta-Hospital“ standen. Ob nun in dem Krankenhause der Schlüssel zu dem geheimnißvollen Vorfall zu finden ist oder ob die Unbekannte nach dem Augusta-Hospital hat gebracht sein wollen, falls sie den Tod nicht gleich gefunden hätte, ist noch nicht aufgeklärt. Ebenso wenig konnte bisher über die Persönlichkeit Aufschluß erlangt werden, da keine Papiere vorhanden sind. — Berner wurde tot aufgefunden ein etwa 60 Jahre alter Mann, der gestern Nachmittag um 4 Uhr in einem Gasthof am Schlesischen Bahnhof eingelehrt war. Als der Wirth um 6 Uhr das ihm angewiesene Fremdenzimmer betrat, sah der Unbekannte als Leiche auf dem Sopha. Auch in diesem Falle hat die Persönlichkeit des sehr gut gekleideten Mannes nicht festgestellt werden können. Der Fremde hat graues Haar und einen grauen Vollbart.

Verhungert ist der Mann, dessen Leiche kürzlich in Niddorf aufgefunden wurde und, wie wir berichteten, nicht erkennbar werden konnte. In dem Verstorbenen ist jetzt der 69jährige Strumpfwirker Franz Richter aus Berlin festgestellt worden, der noch bis vor kurzem im Hause Straußbergerstraße 10 ein ärmliches Stübchen im vierten Stock bewohnt hatte. Richter befand sich in Berlin ein blühendes Geschäft und war ein vermöglicher Mann, verlor jedoch nach und nach infolge mangelhafter geschäftlicher Konjunkturen und Machinationen Anderer sein gesamtes Hab und Gut. Trotz seines hohen Alters gelang es ihm aber, sich vorläufig durch seiner Hände Arbeit zu ernähren, bis er schließlich durch Arbeitslosigkeit in die größte Noth gerieth. Am 1. Mai die Zimmertheile nicht bezahlen konnte, entfernte er sich aus Scham aus seiner Wohnung und irrte seitdem tagelang ohne Nahrung in der Umgegend Berlins umher, bis er schließlich vor Entkräftung an einem Feldwege in Niddorf zusammenbrach und dort den Hungertod fand. Fürwahr ein tragisches Geschick, das ein getrunnen Spiegelbild unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse im sogenannten Ordnungstaats bietet!

Ein 17-jähriger Durchbrenner, Sohn eines Hamburger Großkaufmanns, wurde am Pfingstfeiertage von der Niddorfer Gendarmerie auf den Köllnischen Wiesen aufgegriffen und zur Haft gebracht. Der hoffnungsvolle junge Mann war vor kurzem als Leichter der eiterlichen Kasse nach Berlin gereist und hatte dort das Geld verjubelt. Der telegraphisch benachrichtigte Vater hat seinen Sprößling am nächsten Tage abgeholt.

„Großes Reinemachen“ giebt es jetzt in Grunewald. Die Pfingstausflügler haben wieder eine derartige Menge von Stullen

and anderen Papieren zurückgelassen, daß die Forstarbeiter alle Hände voll zu thun haben, um den Vorrath aus dem Walde hinauszubefördern. In jedem Sommer, der ins Land geht, stimmt die Presse ein Klagegedicht an über die Rücksichtslosigkeit der Berliner, die zuzunehmen scheinen, je weiter die Berliner in den grünen Wald eindringen. Die Frühstücksablagerungsstätten gewähren einen sehr unappetitlichen Anblick, und dieser wäre doch so leicht zu vermeiden, wenn die Berliner folgendes Verklein berücksichtigen wollten:

Mein Freund, wenn Du zu Fuße reise,
Und Deine Wurst im Grünen speisest,
Wirf das umhüllende Papier,
Das fettschmeckende, nicht von Dir,
Stets lieber ein: es kommt die Zeit,
Da Du es brauchst anderweit.

Polizeibericht. Am 15. d. M. Vormittags gerieth ein taubstummes Mädchen in der Mäckerstraße unter die Räder eines Kramers, dessen Pferd durchging, und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und an der Brust. — In der Leipzigerstraße fuhr Nachmittags ein Geschäftswagen gegen einen von einem Knaben geführten Handwagen. Hierbei wurde der Knabe durch die Deichsel seines Wagens zu Boden geworfen und anscheinend innerlich verletzt. — Ein Kutscher fiel in der Andreasstraße vom Kollwagen, gerieth unter die Räder und erlitt eine Quetschung beider Oberarmen. — In der Ecke der Friedrichstraße und der Straße Unter den Linden wurde ein Arbeiter durch eine Kutsche überfahren und anscheinend innerlich verletzt. — In einem Hotel wurde eine etwa 80 Jahre alte Frau erschossen vorgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — Abends fiel ein Mann im Hause Rammstr. 69 in der Trunkenheit von der Kellertreppe und erlitt eine schwere Verletzung am Kopfe. — In der Kleinen Andreasstraße fiel ein Fuhrherr beim Besteigen seiner Trojke hin und erlitt einen Bruch des Oberarmes. — Im Laufe des Tages fanden fünf Brände statt.

Theater.

Central-Theater. „Kühn den Elementen trotzend“ hat am dritten Feiertag das Central-Theater eine alte Jacobson'sche Fosse: „Die Lachtaube“ zur Aufführung gebracht, aber das Pflingtwetter übte härtere Zugkraft als Herr Thomas. Trotzdem er den Oberinspektor Behnke in wirksamster Weise verkörperte, trotzdem Frau Dora für ihre „Lachtaube“ die lustigsten Töne und das lebendigste Spiel suchte und fand, Herr Müller seinen Nämig bis an die Grenze des Zulässigen karrikirte und die übrigen Mitglieder ihr Bestes thaten, die derbste Situationskomik und die ärgsten Kalauer konnten das Publikum nicht zur dauernden Heiterkeit stimmen. Sommerstimmung und die abgebrauchte Jacobson'sche Fosse technikalasteten allzudrückend auf den Zuschauern.

Witterungsübersicht vom 16. Mai.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (M. = 9 F.).
Ewinemünde . . .	764	NO	2	wollenlos	14
Hamburg . . .	765	D	2	wollenlos	18
Berlin . . .	764	NO	2	heiter	18
Wiesbaden . . .	762	Stil	—	wollenlos	16
München . . .	764	D	4	wollenlos	15
Wien . . .	762	NO	2	wollenlos	17
Saparanda . . .	765	SW	2	bedeckt	9
Peetersburg . . .	768	Stil	—	Tauft	18
Coft . . .	759	OSO	3	halb bedeckt	12
Aberdeen . . .	769	NO	5	bedeckt	8
Paris . . .	760	SO	1	wolftig	15

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. Mai 1894.
Warmes, vorwiegend heiteres Wetter mit schwachen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Veruchte Erpressung. Verschiedene „Kaufleute“ in Hamburg beschäftigten sich mit der Zubereitung von Kaffee in Postpaketen von 10 Pfund an Private. Eine solche Firma hat die übliche Offert-Postkarte einer hiesigen Dame zugesandt, mit dem Bemerkten, daß der Kaffee abgeschickt werden wird, wenn im Verlaufe von acht Tagen eine ablehnende Antwort nicht eingehen würde. Die Adressatin ließ die Postkarte unbeachtet und erhielt dann wirklich das Paket unter Nachnahme. Als die Einlösung verweigert wurde, drohte der Absender mit seinem Rechtsanwält und daß „der Dame erhebliche Kosten entstehen würden“. Von dieser zudringlichen Mahnung wurde der Staats-

anwaltschaft Meldung gemacht, und diese erhob Anklage wegen versuchter Erpressung. Das Gericht verurtheilte den Kaufmann zu 10 Tagen Gefängniß und das Reichsgericht hat die Revision des Verurtheilten verworfen, so daß es bei der Gefängnißstrafe verbleibt. — Wir theilen diesen Fall mit, damit sich Niemand durch solche Drohungen, welche leider in gewissen „Kaufmanns“-kreisen sich einschmuggeln, ins Wochhorn jagen läßt.

Gegen drei Schulknaben im Alter von 13 Jahren war eine Anklage wegen Straßenraub erhoben worden. Zwei derselben, die Schulknaben Richard Pating und Otto Schulz wurden bereits zu Gefängnißstrafen von je einem Jahre verurtheilt, der dritte, der Schulknabe Gustav Wirth, stand gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Er legte ein offenes Geständniß ab. Am Nachmittage des 12. Dezember vorigen Jahres hatte der zwölfjährige Knabe Rehberg Garderobe fortgetragen, die seine Mutter für ein Geschäft angefertigt hatte. Er hatte dafür 80 M. in Silber erhalten, die er in der Tasche seines Ueberziehers verwahrt. Auf dem Ardonaplatz ließ er sich mit dem ihm bekannten Wirth in ein Gespräch ein, wobei er demselben erzählte, daß er 80 M. in seiner Tasche habe. Wirth eilte zu den in der Nähe spielenden Knaben Pating und Schulz und theilte ihnen mit, was er von Rehberg gehört. Schulz und Pating saßen sofort den Plan, sich in den Besitz des Geldes zu setzen und Wirth schloß sich ihnen an. Die drei Burschen umringelten den Rehberg, drangen einen Streit mit ihm vom Zaune, fielen insgesammt über ihn her und zogen ihn in eine leerstehende Bude, welche für den Weihnachtsmarkt aufgestellt war. Während Rehberg hier von zwei seiner Angreifer festgehalten wurde, holte der Dritte ihm das Geld aus der Tasche. Die Räuber hatten das Geld noch an demselben Tage bis auf 4 Mark verprast. Der Staatsanwalt wollte auch diesen Angeklagten mit einem Jahre Gefängniß bestrafen lassen, der Gerichtshof belieh es aber mit Rücksicht darauf, daß Wirth der jüngste von den drei Räufern war, bei sechs Monaten Gefängniß.

Als Menschenraub wurde in der Anklage die Handlungsweise des Maurers Louis Stegmann bezeichnet, die ihn gestern vor die achte Strafkammer des Landgerichts I führte. Es handelte sich dabei um das Schicksal eines kleinen Mädchens, welches vor sieben Jahren von der unredlichen Grundmann geboren war. Das Kind war damals dem städtischen Waisenhaus übergeben worden, weil die Mutter außer stande war, es zu erziehen. Später wurde es dem Arbeiter Koch'schen Eheleuten in Ranten in Pflege gegeben. Als die Grundmann vor etwa Jahresfrist sich verheiratete, machte sie ihre Ansprüche an das Kind geltend. Die Koch'schen Eheleute, die es 5 1/2 Jahre bei sich gehabt und sehr lieb gewonnen hatten, wollten sich nicht davon trennen, sie erboten sich, es auch ohne Pflegegeld zu behalten. Das Vormundschaftsgericht entschied aber zu ihren Ungunsten und so mußten die Koch'schen Eheleute das Kind im vorigen Herbst der Mutter zuführen. Im geirigen Termine versicherten die alten Leute, daß ihnen mit dem Kinde ihr ganzes Glück genommen sei. Sie hätten bald Briefe ohne Unterschrift bekommen, worin sie aufgefordert wurden, doch Anstalten zu machen, die kleine Klara wieder in ihre Hände zu bekommen. Das Kind werde von der Mutter aufs unmenslichste behandelt, müsse beständig seine kleine Schwester warten und erhalte bei dem geringsten Versehen die schwersten Züchtigungen. Sie seien wiederholt nach Berlin gereist, um das Kind zu sehen, die Eltern desselben hätten aber jeden Besuch schroff abgewiesen und sie schließlich gewaltsam hinausgeworfen. Da sei zu ihrer freudigen Ueberraschung der Angeklagte am 1. Februar d. J. mit dem Kinde bei ihnen erschienen. Er habe ihnen erzählt, daß er die Behandlung, die das Kind seitens der Mutter erfuhr, nicht mehr habe ansehen können, er habe die Gelegenheit abgepaßt, bis er es auf der Straße traf, habe es gefragt, ob es wieder zu seinen Pflegeeltern wolle und eine freudig zustimmende Antwort erhalten. Darauf habe er das bereitwillig folgende Kind wieder nach Ranten gebracht. Zum gestrigen Termine war auch das vielumstrittene Kind erschienen, welches vor der augenscheinlich sehr strengen und heftigen Mutter bei den Pflegeeltern, deren Hände es nicht locklich, Schutz suchte. Es gab auf Befragen an, daß es viel lieber bei den Pflege-Eltern sei, als bei der Mutter, wo es so gar viele Schläge erhalten habe. Die Mutter gab zu, es bisweilen hart bestraft zu haben, doch sei sie hierzu genöthigt gewesen, weil es sehr schlechte Eigenschaften gezeigt habe. Diese Behauptung wurde durch die umfangreiche Zeugenvernehmung widerlegt. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen gegen § 235 des Str.-G.-B. für vorliegend und beantragte gegen den Angeklagten, der einen Akt der Eigenmächtigkeit begangen, anstatt die Hilfe der Polizei oder des Vormundschaftsgerichts in Anspruch zu nehmen, eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten. Der Angeklagte blieb bei der Versicherung, daß er doch nur aus reiner Menschenliebe gehandelt und nicht nur seinen Vortheil, sondern noch Zeitverschwendung und Unkosten gehabt habe, um dem Kinde ein besseres Unterkommen zu verschaffen, als es bei der Mutter hatte. Der Gerichtshof hielt für erwiesen, daß die Mutter des Kindes das ihr zustehende Züchtigungsrecht mindestens erheblich überschritten habe. Außerdem sei dem Angeklagten geglaubt worden, daß er nicht aus unedlen Beweggründen gehandelt. Er habe sich aber immerhin einer ungesetlichen Handlung schuldig gemacht und sei deshalb wegen Menschenraubes mit drei Tagen Gefängniß belegt worden.

Auf dem Flure herrschte unter den Betheiligten große Freude über das milde Urtheil, nur die Mutter des Kindes entfernte sich in unzufriedener Stimmung.

Im Durchstechereien zum Nachtheile des Eisens b a h n f i s t u s handelte es sich wiederum in einer Verhandlung wegen Verletzung, welche gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Angeklagt waren der Eisenbahnschaffner Karl Schmidt und der Photograph Niemeyer ein dritter Angeklagter, der Kaufmann Reichenbach, ist nach Amerika gegangen, ein vierter nicht ermittelt. Es wurde folgender Thatbestand für erwiesen erachtet. Der Angeklagte Schmidt hatte am Abende des 20. Dezember 1892 den Personenzug von Hamburg nach Berlin zu begleiten. Vor der Abfahrt trat der Angeklagte an mehrere Reisende heran und rieth ihnen, keine Fahrkarte zu lösen, sie möchten ihm jeder 3 M. zahlen, er werde dies Geld dem Schaffner, den er kenne, aushändigen und sie könnten dann für je 3 M. im Wagen 2. Klasse nach Berlin fahren. Das Anerbieten wurde angenommen und drei Personen, die sonst insgesammt 51 M. 60 Pf. hätten zahlen müssen, fuhrten für 9 M., die außerdem in die Tasche des Schaffners flossen, nach Berlin. Der Angeklagte Schmidt, der seinen Vorgesetzten gegenüber ein Geständniß abgelegt hatte, widerrief dies im Termine. Der Staatsanwalt hielt ihn durch die Beweisaufnahme für überführt, er beantragte gegen Schmidt sechs Monate, gegen Niemeyer 14 Tage Gefängniß. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Richard Wolff, erzielte, daß der Gerichtshof das Strafmaß gegen Schmidt auf einen Monat, gegen Niemeyer auf drei Tage Gefängniß herabsetzte.

Literarisches.

Leipziger Hochverrathsvorgeschichte 1872 wider Belial, Liebknecht und Heyner. Mit einer historischen Einleitung von Wilhelm Liebknecht. Neue Ausgabe in 20 Lieferungen à 20 Pf.

Alle alten Genossen werden erfreut sein, daß ihnen endlich wieder Gelegenheit geboten wird, dies ausgezeichnete Werk anzuschaffen, sie werden erfreut sein, es den jüngeren Mitkämpfern als wichtigste Fundquelle für die Geschichte der Partei, als ein wahres Arsenal für den Kampf gegen die Gegner empfehlen zu können. Auf den Inhalt des Werkes hier einzugehen, scheint nicht nöthig, da der unlängst unserem Blatte beigelegte Prospekt nicht zu viel verspricht. Die neue Auflage unterscheidet sich außerordentlich günstig von der ersten. Die Ausstattung, sowohl was Papier als Druck, Umschlag und fast vollendete Reinheit von Druckfehlern anlangt, ist vortrefflich, was von der früheren nicht behauptet werden kann. Auch hierin zeigt sich der ungeheure Fortschritt, den die Partei seit vierzig Jahren gemacht hat. Hervorzuhoben ist endlich die vortreffliche, in jugendlicher Frische geschriebene Einleitung Liebknecht's, die zahlreiche Fragen, vor allem solche der Taktik in dankenswerther Weise bespricht.

Vermischtes.

Heber ein furchtbares Eisenbahn-Unglück meldet das „Reuter'sche Bureau“ aus New-York vom 6. Mai: Nach einer aus San Salvador über Panama eingegangenen telegraphischen Nachricht sollen bei einer Eisenbahnzug-Entgleisung gegen 300 Personen ums Leben gekommen sein; unter den Reisenden habe sich auch der Präsident Ezeta befunden, der jedoch unverletzt geblieben sei.

Zuchthaus in Bayern. Meldungen der Blätter zufolge wurde im Voralpenmarke Weilheim ein Bäckergeselle, welcher einen Landgutpächter heimtückisch erschossen hatte, von fünfhundert Personen geliebt und dabei lebensgefährlich verwundet. Fünf Gendarmen wehrten die Volksmasse mit der blanken Waffe ab, wobei mehrere Personen leicht verletzt wurden.

Unwetter in Schlesien. Verschiedene Gegenden der Provinz sind in diesen Tagen von folgenschweren Gewittern heimgesucht worden. Ein Blitzstrahl traf der „Post. Jtg.“ zufolge das Wohnhaus des Gutbesizers und Gemeindevorstehers Werner zu Thomadwalbau, Kreis Bunzlau. Der im Wohnzimmer anwesende Vester wurde getödtet. Die Frau betrat in dem Augenblick das Zimmer, als der Gatte umfiel. Sodann wurden während der Fahrt der Kutscher und 2 Pferde des Generaldirektors Bernhardt zu Jalenze, Kreis Rattowitz, vom Blitze getroffen und sämmtlich getödtet. Ein anderer Blitzstrahl traf das Wohnhaus des Fleischermeisters Scholz in Mürsdorf, Kreis Grottkau. Im Wohnzimmer waren drei Töchter des Besitzers anwesend, von denen eine getödtet und die beiden andern betäubt wurden. Bei einem sehr schweren Unwetter, das gestern über einem Theile des Sprottauener Kreises niederging und von wolkenbruchartigen Niederschlägen und Hagel begleitet war, fuhr ein Blitz in das Schäferhaus des Dominikus Nidensdorf. Die in geeigneten Umständen befindliche Frau des Schäfers wurde getödtet und dadurch acht Kindern die Mutter geraubt. Der Schäfer erlitt schwere Brandwunden.

Erklärung.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend veröffentlicht in einer Anzahl hiesiger Zeitungen eine Erklärung, nach welcher das Münchener Brauhaus in Berlin (Direktor A. Arendt) sich dieses Mal, wie bei der Boykottirung sämmtlicher Brauereien Berlins im Jahre 1890, dem Vorgehen des genannten Vereins (des sogenannten Bier-Rings) nicht angeschlossen hat, um aus seiner Sonderstellung für sich geschäftliche Vortheile zu erreichen.

Demgegenüber sehen wir uns zu der Erklärung genöthigt, daß wir das uns unterstellte Motiv mit Entrüstung zurückweisen; wir haben uns dem Vorgehen des genannten Vereins aus folgenden Gründen nicht angeschlossen:

1. als im Jahre 1890 ein Brauerstreik ausbrach und die Berliner Brauereien zur Gründung eines Vereins zusammentraten, verlangte man von uns, den Kunden der boykottirten Brauereien in Berlin die Bierlieferung zu verweigern zu einem Zeitpunkte, in dem die Schultheiß-Brauerei (Direktor R. Köstke) sich bemüßigt fand, in Dranienburg, woselbst wir eine Zweig-Brauerei besitzen, eine Niederlage einzurichten, um uns dort unsere Kundschaft abwendig zu machen. In Berlin sollten wir uns im Interesse einer Brauerei die Hände binden, welche in Dranienburg vor keiner Preisunterbietung zurückschente,
2. wir können die Gründe, welche von dem genannten Verein für sein Vorgehen gegen die Brauereiarbeiter geltend gemacht werden, nicht als berechtigte anerkennen und vermögen uns einer Aktion, deren Berechtigung wir leugnen, nicht lediglich deshalb anzuschließen, weil sie von einer großen Brauerei angeregt und von den anderen dieser zu Liebe unterstützt wird.

Berlin, den 16. Mai 1894.

Münchener Brauhaus Aktien-Gesellschaft. Arendt.